

Eingelaptes 70 Heller.
Redaktion und
Verwaltung:
Praga II., Sabitz-
tovo nám. 32.
Telefon 6795,
nachts 6797.
Ferngramm-Adresse:
Sozialdemokrat Prag.
Postcheckamt 57544.
Anserate werden laut
Tarif billigt berechnet.
Bei öfteren Einschäl-
tungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen
Bei Zustellung ins
Haus oder bei Bezug
durch die Post
monatlich . . . 16.—Kč,
vierteljährlich 48.—Kč,
halbjährig . . . 96.—Kč,
ganzjährig . 192.—Kč.
Für Deutschösterreich
monatlich 400.—öK, für
Deutschland 40.—Mk.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Donnerstag, 1. Dezember 1921.

Nr. 78.

Stinnesierung Europas.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Während noch ein Teil der Arbeiterklasse Mittel- und Ost-Europas, allerdings ein kleiner Teil, auf den Augenblick wartet, in dem die Revolution mit wehenden Haaren auf dem Haupt und erzenden Sandalen an den Füßen wiederkehren soll, vollzieht sich in den Eingeweiden der bürgerlichen Gesellschaft mit wachsender Schnelligkeit die wirkliche Revolution, die Umwälzung ihrer Produktionsverhältnisse. Der Krieg hat eine ungeheure Vernichtung von Menschen und Gütern zur Folge gehabt; aber die Folgen des Krieges zwingen das Kapital die Produktionskräfte zusammenzufassen und ins Maßlose auszugestalten, wenn es nicht sein System zusammenbrechen sehen will. Die Konzentration des Kapitals ist in den letzten vergangenen Jahren und besonders in den volatilschwachen Staaten mit Riesenschritten vorangeschritten; die deutsche Wirtschaft wird heute tatsächlich nur noch von einer kleinen Zahl von Industrieherrschern kommandiert, die Wirtschaft Polens, Österreichs, der baltischen Staaten, der Balkanländer steht jetzt schon unter der tatsächlichen Herrschaft des alliierten Großkapitals. In Rußland fallen die letzten kommunistischen Illusionen, die internationale Hochfinanz rüstet sich auf den Tag, an dem sie den Wiederaufbau des Landes beginnen kann. Was sich bisher scheinbar planlos und nur von den Notwendigkeiten der Stunde diktiert vollzogen hat, das soll jetzt in ein großartiges System gebracht werden. Der Schöpfer dieses Systems aber heißt Hugo Stinnes.

Hugo Stinnes ist nicht der wirtschaftlich Mächtigste unter den Kapitalmagnaten Deutschlands, aber er hat sich durch die konsequente und rücksichtslose Vertretung der Interessen seiner Klasse, durch die Kühnheit seiner kapitalistischen Ideen mit Recht den Namen ihres ersten Vertreters erworben. Stinnes beherrscht und kontrolliert in seinen Kongernen die gesamte Produktion vom Rohstoff bis zum Enderzeugnis, er hat darüber hinaus dadurch, daß er eine Reihe der größten bürgerlichen Zeitungen in seinen Dienst stellte, sich auch die „öffentliche Meinung“ tributpflichtig gemacht. Der politische Ausdruck seiner wirtschaftlichen Macht ist die Deutsche Volkspartei. Was Stinnes in Deutschland begonnen hat, das soll nunmehr in ganz Europa fortgesetzt werden: die Vertrustung der gesamten Wirtschaft des Kontinents, die Unterwerfung des ganzen europäischen Produktionsapparats unter den Willen des großen Kapitals, die Zusammenfassung der verschiedenen nationalen Wirtschaften zu einem neuen, auf gewaltiger Grundlage sich aufbauenden Produktionsimperialismus.

Sein Plan geht dahin, das Transporthausen ganz Ost- und Südost-Europas aufzubauen und damit eine neue Ära des kapitalistischen Aufschwungs zu schaffen. Die Industrien Deutschlands und Englands sollen mit Unterstützung der amerikanischen Finanz eine Interessengemeinschaft schließen, die ihre Sanktion und die weitestgehende politische Unterstützung durch die alliierten Weltmächte erfahren soll. Diese weltwirtschaftliche und weltpolitische Mischung soll die Gewähr dafür bieten, daß die Ausbeutung besonders von Rußland sich unabhängig von allen Wechseln der Regierungsformen vollziehen kann. Nicht mehr der einzelne Kapitalist soll um Konzessionen in Rußland nachsuchen, sondern die ganze Gewalt des internationalen Kapitals soll sich für sie einsetzen. Die englische Industrie hat sich bereits mit diesem Plan einverstanden erklärt, weil sie sich davon eine Ablenkung ihrer deutschen Konkurrenz vom Weltmarkt und eine Belebung ihres eigenen Geschäfts erhofft. Wenn auch die englische Regierung jetzt ablehnen läßt, daß Lloyd George Herrn Stinnes bei sich zu Gast gehabt habe, so darf man doch annehmen, daß sie mit bei der Partie sein wird; denn ihr kann es nur recht sein, wenn die Leistungen für die Reparation nicht mehr in Gold erfolgen und dadurch ihre eigene Wirtschaft ruinieren, sondern daß in anderen Formen Deutschland zur Wiedergutmachung verpflichtet wird.

Man versteht jetzt besser, weshalb das deutsche Großkapital seine expressesten Bedingungen für die Bereitstellung eines Auslandskredits für das Reich gestellt hat. Die deutschen Eisenbahnen, die noch immer das bedeutendste Stück des mittel- und ost-

England für eine Stundung der deutschen Wiedergutmachungen.

Ohne Deutschland kein Gedeihen Europas.

London, 30. November. (Reuter.) Bei der Bankiers-Konferenz ergriff Churchill das Wort und empfahl u. a. ein Abkommen zwischen den drei Mächten: England, Frankreich und Deutschland, welches den finanziellen Wiederaufbau Europas ermöglichen würde. Damit ist nicht gesagt, daß England sich auf Kosten Frankreichs mit Deutschland befreunden soll, doch werde die französische Nation in ihrem angeborenen Verstand erkennen und begreifen, daß die Prosperität Deutschlands das einzige Mittel zur Erreichung einer legendreichen Entwicklung Europas sei.

Die Stundung dringend geboten.

London, 29. November. (Reuter.) Die Reise Rathenaus nach London hängt mit der Reparationsfrage zusammen. Er wird der englischen Regierung diesbezüglich einen Vorschlag machen, welcher dem Wiesbadener Abkommen ähnelt. Es wird gemeldet, daß die Reise Stinnes und Rathenaus die Frage eines Moratoriums betrifft, welches nach den Ansichten der maßgebenden englischen Kreise das einzige Mittel für die Lösung des Reparationsproblems ist. Deutschland soll verpflichtet werden, alles zur Gesundung seiner Finanzen zu tun und namentlich dahin zu wirken, daß sich sein Banknotenumlauf unter internationaler Kontrolle verringere. Rathenaus hat verschiedenen Persönlichkeiten Besuche abgestattet, u. a. auch dem Schatzkanzler und dem ersten Vertreter Englands in der Reparationskommission, John Bradbury.

London, 30. November. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Gestern Nachmittag fand im Schaham eine Konferenz von Sachverständigen über die Reparationsfragen statt. Ein von Sir Bradbury verfaßter Bericht wurde eingehend erörtert und, wie verlautet, wurden Vorschläge wegen eines Moratoriums entworfen, die dem Kabinett vorgelegt werden sollen.

Entrüstung in Frankreich.

Paris, 30. November. (Savas.) Die Blätter machen auf das zeitliche Zusammenreffen der Reise Stinnes und Rathenaus nach London mit der Erklärung Curzons gegen Frankreich und den englischen Einwendungen gegen das Ungarabkommen aufmerksam. „Le Journal“ ver-

europäischen Verkehrsnetzes darstellen, sollen vom deutschen Kapital in den europäischen Trust eingebracht werden. Sie sollen zugleich die Sicherheit für die internationale Finanz darstellen, daß das Reich seine Reparationsverpflichtungen erfülle, wenn ihm zu diesem Zwecke ein großer Kredit eingeräumt wird. Deutschland würde damit auf die Stufe eines Koloniallandes hinabsinken, denn wer die Eisenbahnen besitzt, der kontrolliert zugleich seine gesamte Wirtschaft, der übt auch den entscheidenden Einfluß auf seine Politik aus. An dieses Schicksal Deutschlands muß sich aber auch das Schicksal aller anderen Länder ketten, deren Verkehrsweisen entweder von dem künftigen Europa Syndikat übernommen oder neu aufgebaut wird.

Die deutsche Arbeiterklasse ist entschlossen, diesen Plänen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Aber es ist nicht allein ihre Sache, sondern die Sache der Arbeiterklasse ganz Europas. Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die Zusammenfassung des Verkehrsnetzes aller Länder einen gewaltigen Fortschritt in ökonomischer und betriebstechnischer Hinsicht darstellt. Aber diese Zusammenfassung muß durch Verstaatlichung der Völker erfolgen und nicht auf das Diktat des internationalen Kapitals. Bei der heutigen Verteilung der Machtverhältnisse würde die Stinnesierung Europas, die mit der Ueberführung der Eisen-

bahnen in den Besitz des Kapitals beginnen soll, einen ungeheuerlichen politischen Rückschritt bedeuten. Das internationale Kapital wird sich nicht mit der Beherrschung des europäischen Wirtschaftsapparats begnügen, sondern es wird daran die politische Knechtung der Arbeiterklasse zu knüpfen und jeden Versuch, die Forderungen des Sozialismus zu verwirklichen, im Keime zu unterdrücken streben.

„Idealist“ und Milliardär.

London, 29. November. (Sch. P.) In einer Rede in New York erklärte der amerikanische Finanzmann Frank Vanderlip, die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten für die Wiederverherstellung Europas verwendet werden. Jedermann außer Frankreich, gebe zu, daß die Deutschland auferlegten Reparationen undurchführbar seien. Wenn die Reparationsbedingungen nicht wesentlich abgeändert würden, so würde Deutschland finanziell zusammenbrechen. Den Alliierten sei es ebenso unmöglich, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, wie es Deutschland unmöglich sei, seine Schulden an die Alliierten zu entrichten. Die den Vereinigten Staaten geschuldeten Beträge müßten daher in eine Schuld an die Menschheit umgewandelt werden. (Natürlich, damit Amerikas Geschäft nicht gleichfalls zugrunde gehe. D. Red.)

Eine englische Note wegen der ersten Rate.

London, 29. November. (Reuter.) Die englische Regierung hat in den letzten Tagen an die französische Regierung eine Note gesandt, in welcher sie aufmerksam macht, daß Frankreich bisher das interalliierte Finanzabkommen vom 13. August 1919 betreffend die Verteilung von einer Milliarde Goldmark, welche Deutschland am 31. August bezahlt hat, noch nicht ratifiziert habe. In der Note wird darauf verwiesen, daß nicht verlangt werden könne, daß Großbritannien verschiedene andere Finanzabkommen ratifiziere, insofern Frankreich sich nicht entschließt, das erwähnte Ueberkommen zu genehmigen.

Als Sozialisten wissen wir, daß es sich trotz alledem um eine Revolutionierung der Produktionsverhältnisse handelt und es wäre töricht von uns, wenn wir den vergeblichen Versuch machten, ihr entgegenzutreten. Was wir jetzt zu tun haben, das ist die Durchsetzung der Forderung, daß die Revolutionierung des Wirtschaftslebens nicht von einigen Kapitalmagnaten auf Kosten des Proletariats durchgeführt wird, sondern daß sie von den produzierenden Massen selbst, von der arbeitenden Bevölkerung getragen wird. Oder um mit Friedrich Engels zu reden: „Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisationen handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen.“ Dem Drange des Großkapitals nach der Stinnesierung Europas muß das Proletariat die Forderung nach der Sozialisierung Europas entgegensetzen!

Fragen des Pressrechtes.

Zu dem Entwurf des neuen Pressgesetzes.
Von Friedrich Austerlitz (Wien).

II.
Die Strafe für Pressdelikte. Die Bestimmung der Strafe für Pressdelikte (§ 35) erscheint ziemlich widerspruchsvoll. Für die Unterlassung der eigentlichen Gebote, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Presssachen das Gesetz aufstellt, nämlich der Anordnung von Angaben auf der Zeitung und die Ablieferung der Pflichtexemplare, der zwei Feller, auf denen im Grunde die gesamte staatliche Aufsicht über die Presse ruht, werden nur niedrige Geldstrafen (bis tausend Kronen) angedroht. Dagegen werden den Uebertretungen der Anordnungen über die Veröffentlichung einer Verächtung oder einer Kundmachung, weiter der Verbreitung einer verbotenen ausländischen Zeitung ungleich schwerere Strafe angedroht (Geldstrafe bis fünfzigtausend Kronen). Das nur nebenbei; einfach ein Nergernis ist aber die drakonische Verschärfung bei einer „wiederholten Verurteilung“; da soll Arrest bis drei Monaten und Geldstrafe bis zehntausend Kronen eintreten. Man stelle sich das nur vor: wenn einem verantwortlichen Redakteur zweimal das Maß überfließt, sich in der Beurteilung einer Verächtung vergriffen zu haben, und er darob verurteilt wird, so soll er das zweitemal eingesperrt und zu schwerer Geldstrafe verurteilt werden! Diesen „Rückfall“ führt der Entwurf auch bei der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obforge (§ 39) ein, wo gleichfalls bei Rückfall (und „grober“ Fahrlässigkeit, was besonders wunderbar ist, weil das ganze Delikt nur und ausschließlich Fahrlässigkeit ist, also die Fahrlässigkeit und kein Grad derselben, ein entscheidender Umstand sein kann), Arrest bis drei Monate angedroht ist. Aber diese ganze Vorstellung von dem Rückfall bei dem verantwortlichen Redakteur ist eine große Unüberlegtheit. Das Strafgesetz straft eine strafbare Handlung, wenn der Täter mit ihr rückfällig geworden ist, deshalb härter, weil es da die eingewurzelte verbrecherische Neigung enttödeln will, weil diese verbrecherische Neigung eine größere Gefahr für die Gesamtheit ergibt. Aber wenn sich ein Redakteur in der Beurteilung einer Zulässigkeit einer Verächtung, in der Beurteilung eines strafbaren Inhaltes wiederholt irrt, worauf seine strafbare Handlung ja hinausläuft: ergibt das eine verbrecherische Veranlagung, eine Erhöhung der Gefahr, die von ihm ausgeht? Was man „Rückfall“ bei einem verantwortlichen Redakteur nennt, ist in Wahrheit nicht mehr als die Fortdauer seiner Tätigkeit und „rückfällig“ zu werden, ist, genau betrachtet, sein Beruf.

Die Immunität. Diese Bestimmungen (§ 42) machen nicht gerade den Eindruck, daß sie freudig gegeben werden, sonst wäre eine Bestimmung, wie die, daß man sich bei Nichtanführung des Tages, an dem die betreffende Sitzung stattgefunden hat, die Konstitution gefallen lassen müsse, wohl unterblieben. Der Ausdehnung der objektiven Immunität auf „wahrheitsgetreue Berichte über eine öffentliche gerichtliche Verhandlung“ stehen bessere Gründe entgegen, als für sie angeführt werden könnten. Denn welche Notwendigkeit könnte sie begründen? Wenn der Bericht wirklich wahrheitsgetreu ist, fehlt ja bei der Veröffentlichung der böse Vorfall; eine Verfolgung eines wirklich wahrheitsgetreuen Berichtes ist vorweg unmöglich. Es würde sich auch viel weniger um Verträge handeln, die die öffentliche Sittlichkeit oder Ordnung gefährden, als um Verträge, über private Klagen, zumeist wegen Ehrenbeleidigungen; da kann aber eine scheinbare mechanische Getrenntheit herbeigeführt, die Beleidigung aber dennoch absichtlich reproduziert werden. Wegen Verträge aus dem Gerichtssaal, und gar wegen wahrheitsgetreuer, sind die Journalisten sicherlich noch nie in Gefahr gekommen; die Verbürgung einer vorwegigen Immunität könnte aber diese Berichterstattung zu Ausschreitungen gradaus verführen.

Der Verfall: Der Entwurf bricht verständigerweise mit dem Verbote der Weiterverbreitung: er kennt nur die konkrete strafbare Handlung, ohne sie, wie es das altösterreichische objektive Verfahren gemacht hat, gleichsam auf Flaschen abzugeben und als ewig „verboten“ zu konfiszieren. Er kennt also nur die Vernichtung der Exemplare der Druckschrift, in denen die strafbare Handlung verübt ist: ihren Verfall. Er geht also ganz richtig vor, nur ist das in den langen §§ 43 bis 47 bestimmte Verfahren, dem österreichischen Regierungsentwurf wörtlich entlehnt, viel zu unständig. Der zu verwirklichende Gedanke ist einfach der folgende: Wird jemand wegen einer durch eine Druckschrift verübten strafbaren Handlung schuldig erkannt, so kann das Gericht den Verfall der Druckschrift aussprechen und die zur Verbreitung bestimmten Exemplare für verfallen erklären. Die Rechtsmittel, die dem Ankläger oder Verteidiger zustehen, können auch gegen das Erkenntnis auf Verfall gesondert geltend gemacht werden. Wird über die strafbare Handlung durch Wahrpruch der Geschworenen erkannt, so ist ihnen zur Beantwortung auch die Frage vorzulegen, ob der Inhalt der strafbaren Handlung begründet, wegen der die Anklage erhoben worden ist. (Zur Bejahung dieser Frage nach der objektiven Strafbarkeit sollte die einfache Mehrheit als ausreichend erklärt werden.) Im Falle der Bejahung hat dann der Gerichtshof auf Verfall zu erkennen. Ist die Verfolgung einer bestimmten Person nicht durchführbar, weil entweder keine feillich gemacht wurde, oder weil der Schuldige nicht verfolgbar ist oder die Verurteilung infolge Vorhandenseins von Strafausschließungsgründen ausgeschlossen ist, so ist auf Antrag des Anklägers über den Verfall in einem selbständigen Verfahren zu erkennen, für das dann dieselben Bestimmungen gelten, wie für die Hauptverhandlung und zu der die an der Sache interessierten Beteiligten zu laden sind. Das wäre alles und damit wäre auch für alle Möglichkeiten vorgesorgt.

Die Ueberschätzung dieses Verfalles, die sich in den vielen Vorjahren darstellt, rührt offensichtlich daher, daß man gedanklich noch immer in der Zeit lebt, wo konfiszieren und „objektivieren“ (die Weiterverbreitung verbieten) worden ist; jene Vorjahren wollen die Urbanisierung einer Barbarei sein. Aber mit dieser soll doch aufgeräumt werden: wenn die Pressefreiheit begründet wird, muß die Gelegenheit zum „Verfall“ spärlich werden. Nach dem Entwurf soll die vorläufige (polizeiliche) Beschlagnahme zulässig sein bei einem Ordnungsbefehl — wenn die Angabe der vorgeschriebenen Namen auf der Druckschrift unterlassen wurde — dann bei den drei unerlaubten Veröffentlichungen — nach dem altösterreichischen Strafgesetz die Artikel VII. und VIII. vom Jahre 1862, die den Schutz des gerichtlichen Verfahrens bezwecken, eventuell nach Artikel IX., der die Geheimhaltung militärischer Operationen herbeiführen will — und schließlich bei drei Inhaltsdelikten: Sachverrat, öffentliche Züchtlichkeit und qualifizierte Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens. Bei dem Ordnungsbefehl ist die Sache vorweg klar; bei den Inhaltsdelikten haben auch die objektive strafbare Handlung die Geschworenen zu urteilen; es bleiben also nur die spärlichen Fälle der unerlaubten Veröffentlichungen. Daraus ergibt sich, daß für den Verfall in einem System, das die Pressefreiheit achtet — und dazu wird ja das neue Gesetz gemacht — wenig Spielraum bleiben wird, wonach sich dafür auch das einfachste Verfahren empfiehlt.

Die Platten. Völlig unvertraut mit den Verhältnissen, unter denen das Drucken der Zeitungen vor sich geht zeigt sich der Entwurf darin, daß er (§ 54) die Beschlagnahme auch auf die Formen, Platten und anderen Vorrichtungen, die zu ihrer Herstellung bestimmt sind, ausdehnt — es wird da dem Staatsanwalt die Befugnis zuerkannt, dafür zu sorgen, daß die Formen, Platten und anderen Vorrichtungen zur Herstellung der beschlagnahmten Druckschrift nicht mehr verwendet werden können; und sie ebenso in den Verfall einbezieht: sie sollen da unbrauchbar gemacht werden. Aber der Stoff der Formen und Platten ist selbstverständlich nicht bloß für die beschlagnahmte oder verfallene Druckschrift da! sie sind ja der bevorstehende Rohstoff — Blei — aus dem immerzu ein neues Druckwerk entsteht, den also die Zeitung ständig braucht und den unbrauchbar zu machen eine widersinnige Vergewaltigung wäre. Die Veränderung der Platten in Lettern, der Formen in Blei vollzieht aber jeder Betrieb selbst; er braucht ja das Material zu neuen Druckwerken. Für die Einziehung spricht also gar keine Notwendigkeit; im übrigen geht den Staat nur die geschlossene strafbare Handlung, gehen ihn also nur die gedruckten Exemplare an, nicht aber die Möglichkeit ihrer weiteren Herstellung. Nur eine Ausnahme ist nötig: daß die Platten für Photographien, in denen eine strafbare Handlung, etwa

Rathenau wird von Lloyd Georges empfangen.

Günstiger Verlauf. — Sinken der Auslandsdevisen an der Börse.

Berlin, 30. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Aus London wird von mehreren Seiten gemeldet, daß Walter Rathenau voraussichtlich heute von Lloyd George empfangen werden wird. Die Besprechungen, die Rathenau gestern in London hatte, sollen einen erfreulichen Verlauf genommen haben. Rathenau unterbreitete den Vertretern der englischen Regierung seine Vorschläge, deren eingehende Prüfung ihm zugesichert wurde. Das englische Kabinett will sich schon heute Nachmittag mit diesen Vorschlägen beschäftigen. Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß nicht nur Lloyd George, sondern auch die Londoner City für ein Moratorium an Deutschland eintrete.

Die Gerüchte, daß die Verhandlungen Rathenau in London erfolgreich verlaufen und daß

die Ausichten für ein Moratorium für Deutschland günstig seien, haben an der heutigen Börse einen starken Kurssturz der ausländischen Zahlungsmittel hervorgerufen. Während gestern der Dollar mit 275 Mark notiert wurde, ging der Kurs heute bis auf 240 Mark zurück. Auch andere Devisen erlitten starke Abschwächungen. So fiel das englische Pfund von 1100 auf 975, die tschechische Krone von 293 auf 257 Mark.

Rathenau in London.

London, 29. November. (Neuer.) Rathenau und sein Privatsekretär Simons sind gestern abends hier eingetroffen, wie sie erklären, in Privatangelegenheiten. Das schließt aber die Möglichkeit nicht aus, daß sie auch Unterredungen bezüglich zahlreicher anderer Angelegenheiten haben werden.

Stinnes berichtet . . .

Berlin, 30. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industriellen hielt gestern eine Sitzung ab, in der Robert Stinnes über seine Verhandlungen in London Bericht erstattete. An diesen Bericht knüpfte sich eine Aussprache, die auch die Kreditation der Industrie im Zusammenhang mit der Frage einer ausländischen Anleihe betraf. Die Aussprache wurde für vertraulich erklärt. Es wird behauptet, daß sie ein Ergebnis gehabt habe, daß es gestattet, die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und der deutschen Industrie günstig zu beeinflussen. Der „Volkswagen“ berichtet hierzu, daß es den deutschen Industriellen nicht allein um den Kredit für den 15. Jänner ankomme, sondern vor allem darauf, einen neuen Zahlungsmodus für die Reparation zu finden, damit Deutschland nicht nach diesem Termin alsbald

in die gleiche Notlage gerate. Die „Freiheit“ bemerkt dazu, daß das deutsche Volk sein Bedürfnis habe, sein Schicksal in die Oberhand der Industriellen zu legen, und darum muß gerade in der jetzigen Situation die Forderung immer auf neue wiederholt werden, daß das Reich seine Angelegenheiten selbst regle und nicht darauf warte, bis es durch die Verkrüftung der europäischen Wirtschaft zur völligen Ohnmacht verurteilt sei. Wenn das deutsche Großkapital für das Reich wirklich einen großen Auslandskredit aufnehmen wolle, so müsse es wissen, daß das nur auf Konto seiner Steuerleistung gehen könne. Unabhängig davon sei endlich das Notwendige zu tun, damit die bestehenden Klaffen bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Reiches und für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen herangezogen werden.

das Vergehen gegen die öffentliche Züchtlichkeit verübt ist, beschlagnahmt und vernichtet werden, denn die photographische Platte bietet eine so leichte Möglichkeit der Wiederbegehung der strafbaren Handlung und mit ihrer Zerstörung wird diese Möglichkeit wieder völlig vernichtet (was bei Vernichtung der Formen und Platten von Druckschriften natürlich nicht gewährleistet wird). Also ist jener Eingriff nur bei photographischen Platten gerechtfertigt und auf diese zu beschränken.

Ein Furchtparagraph. Der Entwurf enthält auch einen Paragraphen (26/2) den niemand vertuschen wird, der seine Vorgeschichte nicht kennt. Er besagt, daß eine Zeitschrift nicht gezwungen werden kann, auch nicht in der Zeit außerordentlicher Maßnahmen, ihr „amtlich zugestellte Verlautbarungen oder Artikel zu veröffentlichen, wenn nicht ihr Ursprung deutlich bezeichnet wird. Es kann ihr auch nicht vorgeschrieben werden, an welchem Orte und in welcher Schrift sie abdrucken sind.“ Die Bestimmung will offenbar eine Vorbeuge gegen die Wiederholung jener schändlichen Vergewaltigung treffen, deren Opfer die tschechischen Zeitungen während des Krieges geworden sind: indem man sie gezwungen hat, amtliche (versteht sich: hochpatriotische) Aufsätze als redaktionelle Artikel in der feierlichsten Weise, etwa im großen Druck auf der ersten Seite, zu veröffentlichen. Aber wäre diese Schändlichkeit etwa unterblieben, wäre sie nicht gewagt worden, wenn die gleiche Bestimmung im altösterreichischen Pressgesetz gestanden wäre? Und war sie deshalb, weil ein solches Abwehrrecht der Zeitungen nicht gesetzlich festgelegt war, weniger eine freche Ungeheuerlichkeit? Die Behörden hatten ja zu ihrem Verlangen kein Recht, und die Erzwingung der Aufnahme durch die Drohung der Einlieferung war nicht weniger als eine regelrechte Erpressung. Aber, und das ist die entscheidende Frage, glaubt man befürchten zu müssen, daß sich die schändliche, die die Monarchie während eines Krieges verübt hat, in der Republik wiederholen könnte? Das wäre eine schöne Vorstellung von den Möglichkeiten in einer Republik! Der Paragraph der eine Achtung der Methode des monarchistischen Oesterreichs sein will, der würde in dieser Perspektive zu einem bitteren Urteil über die tschechoslowakische Republik.

In dem Entwurfe fehlen natürlich auch gute und sachgemäße Bestimmungen nicht; sie müßten natürlich nicht vermerkt werden. Der Entwurf braucht Verbesserungen, braucht vor allem einen logischen, gedrängten Aufbau; aber als Grundlage der Beratung ist er brauchbar und achtenswert.

Inland.

Der deutsche parlamentarische Verband, Abgeordneter Dr. Lehnerl unternimmt es, in der „Reichsberger Zeitung“ das Wesen des „Verbandes“ aufzuzeigen. Seine Darstellung entbehrt uns jeden Kommentars. Lehnerl schreibt: Große Mißstimmung und Unzufriedenheit in den Wählerkreisen ist naturgemäß vorhanden. In der großen Masse der deutschen bürgerlichen Wähler ist der Gedanke des parlamentarischen Verbandes so feststehend, daß sie es ganz übersehen haben, wie sich das Geschehen des Verbandes seit einem Jahre geändert hat. Ursprünglich gedacht als Ersatz der Einheitspartei, welche bei den Wahlen nicht zu erzielen war, ist er, je länger je mehr, zu einem losen Bündel von Parteien geworden, das keine gleichartige Politik in „allen“ Fragen befolgt. Vorkämpfungen werden seit langem nicht abgehalten. Die Klubs haben es seinerzeit abgelehnt, eine straffere Disziplin einzuführen. Die Deutsche Nationalpartei, welche sonst allein für den idealen Gedanken der Einheit kämpft, ist an Zahl viel zu schwach, um gegen die Mehrheit aufzukommen. Sogar der Wählerkreise muß es wohl sein, in diese Verhältnisse Klarheit zu bringen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man über die Aufgabe des Verbandes und seine Zusammensetzung verschiedener Meinung sein kann. Aber dem jetzigen Zustand der Unklarheit auf die Dauer zu belassen, geht nicht an. Entweder ist der Verband eine parlamentarische Körperschaft von einer gewissen Manneszucht und Schlagkraft, dann muß er straffer zusammengesetzt werden und als solcher aktiv in die Erscheinung treten. Dabei ist immer noch festgelegt, ob seine Politik radikal oder gemäßigter sein wird. Oder es treten an Stelle des jetzigen Verbandes eine lose Vereinigung, etwa wie die frühere „Bella“ auf tschechischer Seite! Es hätte so jede Partei im allgemeinen volltümmer Freiheit und nur die Odmänner der Parteien würden in unverbindlichen und verbindlichen Besprechungen die Gegenstände der Tagesordnung mit einander beraten und wenn möglich, ein gemeinsames Vorgehen der Klubs erzielen. Damit übernimmt dann jede Partei vor ihren Wählern die Verantwortung ihrer Politik. Heute aber unterscheidet der Wähler nicht zwischen den einzelnen Parteien im deutschen parlamentarischen Verbande, sondern jeder Tadel klingt aus in eine Verurteilung der „Verbandspolitik“, und da ein Großteil der Wählerschaft den Verband im Sinne des Erfalles einer großen nationalen Partei sich wünscht und denkt, so trifft der Tadel regelmäßig jene am stärksten, welche am ungeschicktesten an diesen unseidlichen Zuständen sind. Es gibt vielleicht auch Politiker, welche jede

Bindung, auch die loseste, ablehnen. Ginge es nach diesen, dann haben wir nichts anderes zu erwarten, als den Kampf aller gegen alle.“

Von der Ersparungskommission. In der gestrigen Sitzung des Komitees der parlamentarischen Ersparungskommission wurde die Verteilung der Referate an die Mitglieder der Kommission besprochen. Zum Schluß wurde die Sprachenfrage erörtert, wobei sich sämtliche tschechische Mitglieder des Subkomitees auf den Standpunkt stellten, daß die Bestimmungen der Geschäftsordnung auch für die Ersparungskommission gelten, daher nur in tschechischer Sprache referiert werden dürfe. Genosse Dr. Geller und Dr. Raibl erklärten, daß sie hierüber in ihrem Klub berichten werden.

Woh ein „zeitlicher Unterschied“. Die Mitglieder des Klubs der katholischen Volkspartei aus Böhmen, Mähren und Schlesien, welche nach dem Austritt der Slowaken vereinigt geblieben sind, erklären parteiamtlich, daß sie hinter ihren Forderungen solidarisch stehen und daß die Errichtung der katholischen Gymnasien eine Eintrittsbedingung der slowakischen Alerikalen in die Koalition war, als das derzeitige parlamentarische Kabinett gebildet wurde. Der Unterschied zwischen den böhmisch-mährisch-schlesischen Volksparteilern einerseits und der slowakischen andererseits ist bloß ein zeitlicher, keinesfalls ein meritorischer. Die slowakischen Alerikalen bestanden auf der unerbittlichen und bestimmenden Entscheidung der Regierung, während die anderen Parteifreunde zu neuen Unterhandlungen bereit waren, die vielleicht nur kurze Zeit gedauert hätten. Heute schreitet man im Verlehen vor, in dieser Sache zu irgend einem Kompromiß zu kommen. — Wie man sieht, schließt sich langsam wieder die Kluft zwischen Vater Schramel und Vater Hlinka und Juriga. Nur eines scheint bedenklich: die Trennung vom parlamentarischen Wirtschaftsausschuß. Ob die Idee des Katholizismus wohl wiedervereinigt wird, was die Trennung vom gemeinsamen Tisch entzweit hat?

Kulturbild aus Karpatho-Rußland. Die Ruskaja Semlja veröffentlicht den Brief eines ruthenischen Landwirtes. Diefem traurigen Kulturdokument entnehmen wir die folgenden Zeilen: „Ich riet allen meinen russischen Brüdern, ihre Kinder selbst zu unterrichten. Wo es keine Schule und keinen Lehrer gibt, dort mögen sie sich eine ärmliche Hütte mieten und einen jungen Mann oder eine Frau aufnehmen, die ihre Kinder unterrichten sollen, so gut sie können, da etwas doch besser ist als nichts. Es sind bereits acht Jahre her, daß die Kinder nicht in die Schule gehen und wie die Wilden aufwachsen. Ihr seht ja, liebe Brüder, daß uns keine Hilfe kommt, weder vom Staate, noch von anderswo her. Die Schulen wurden im Kriege verwüstet und niedergebrannt. Wir bitten, wir laufen von Referat zu Referat, von einem Ministerium zum anderen, damit man uns irgendeine Unterstützung zum Wiederaufbau unserer Schulen gibt, aber umsonst . . . Ich frage Sie, . . . Herr Schulinspektor Moejan: Warum wollen Sie nicht, daß unsere Kinder etwas lernen? Diese Cure Tüchtigkeit ist der beste Beweis dafür, wie sehr Ihr Euch um das Wohl des russischen Volkes kümmert . . .“ Tschechoslowakische Kultur in Karpatho-Rußland!

Neue Gesetzeswürfe. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhause folgende Gesetzeswürfe überreicht: Ueber die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über die Gewährung von Ernährungsbeiträgen an Familien von Personen, die Militärdienste leisten; über die weitere Auszahlung der Teuerungszuschläge zu den Renten nach dem Pensionsversicherungsgesetz; über die Teuerungsbeiträge für 1922 zu den im Hultschiner Ländchen durch die Allgemeine Pensionsanstalt ausbezahlten Renten; den Regierungsentwurf, durch welchen die Gültigkeit des Gesetzes über die Unterstützung der Beschäftigten in der Landwirtschaft verlängert wird; den Gesetzesentwurf, durch den die Bestimmungen über die Wechselgebühren geändert werden; die Novellierung des Gesetzes über die Kriegsbefähigten. Neben diesen Entwürfen wird der sozialpolitische Ausschuss fünf Gesetzeswürfe durchberaten, welche Wohnungsangelegenheiten betreffen. Die Novellierung des Betriebsrätegesetzes wurde auf die Frühjahrssession verschoben.

Ein Uebergriff der politischen Bezirksverwaltung in Tetschen. Die politische Bezirksverwaltung in Tetschen ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung: „Es ist vollkommen unklar, daß von Seite der politischen Bezirksverwaltung in Tetschen demobilisierten Eingetragten die Arbeitslosenunterstützung verweigert wurde oder wird, was schon der Umstand beweist, daß zur Zeit des Erscheinens des genannten Artikels in Ihrer Zeitung ein einziges Gesuch eines Demobilisierten (gewesenen Bauarbeiters) um Arbeitslosenunterstützung eingelangt war, das noch in Verhandlung stand, während die übrigen Demobilisierten schon kraft gesetzlicher Bestimmung in ihren früheren Anstellungen wieder aufgenommen worden waren, also Grund um Arbeitslosenunterstützung anzufuchen gar nicht hatten.“

Der Kampf der Bergarbeiter.

Der kritische Freitag.

Der kritische Tag im Kohlenbergbau ist der Freitag, da an diesem Tage im Ostauer Revier die Lohnauszahlung erfolgt. Werden die Werte höher als die Löhne der Arbeiter herabgesetzt, werden die Arbeiter, wie die diensttägige Konferenz der Bergarbeiter beschlossen hat, in den Streik eintreten.

Aus Dem Parlamente.

Der Handels- und Gewerbeausschuss verhandelte in seiner Sitzung am Mittwoch zunächst das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Der Referent Abg. Prolesch schloß sich dem Bericht des Ausschusses für Ausersehen an. Genossin Kirpal kritisierte das Vorgehen der Regierung und fragte, welche gesetzlichen Bestimmungen dem Minister das Recht gäben, einige Bestimmungen eines noch nicht ratifizierten Vertrages in Kraft treten zu lassen, welche Bestimmungen dies sind und ob die Nichterfüllung dieser Bestimmungen strafbar sei. Sie verlangte, daß der autonome Zolltarif im Einklang mit dem Wirtschaftsabkommen zu bringen sei und daß sowohl der provisorische als auch der autonome Zolltarif unbedingt dem Hause vorgelegt werden solle. Abgeordneter Kosta schloß sich den Ausführungen der Vorrednerin an. Genosse Hausmann erklärte: Im § 2 steht, daß beide Staaten auf den Abbau der Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen hinwirken sollten. Es muß endlich die Beseitigung aller Beschränkungen im Verkehr mit Deutschland verlangt werden. Genosse Hausmann berichtete auch über die Intervention beim Ministerpräsidenten Dr. Benesch wegen der durch den Marzsturz entstandenen Notlage der in den Grenzbezirken wohnenden und in Deutschland landbeschäftigten Arbeiter. Auf die Darbietung der Forderung gab der Ministerpräsident die Zusage, sofort die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Die tschechoslowakischen Grenzkontrollorgane werden angewiesen, beim Herüberbringen von Lebensbedarfsartikeln weitestgehende Liberalität walten zu lassen. Außerdem soll bei den Behörden in Deutschland mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden, daß man, ungeachtet der durch die Lage erforderlichen Schutzmaßnahmen den Einlauf und das Herüberbringen der Lebensmittel über die Grenze in einem bestimmten Ausmaße gestatte. — Der Vertreter des Ministeriums führte aus, daß man an die Ausarbeitung eines autonomen Zollvertrages geschritten ist. In Deutschland ist das Wirtschaftsabkommen schon ratifiziert. Es wurde beschlossen, daß vor Inkrafttreten eines Zollvertrages (ob provisorisch oder autonom) dieser dem Ausschusse für Handel und Gewerbe zur Begutachtung vorgelegt werde. Dann wurde über die Aenderung des § 21 der Gewerbeordnung verhandelt. Der Referent beantragte, daß allen Gemeinden das Recht der Erwerbung der Begräbniskonzession zuerkannt werde. Die Abg. Mleoch und Petrovich sind gegen die Ausführungen des Referenten. Abg. Werta wünscht die Ausdehnung des Gesetzes auch auf Karpathenland und die Slowakei. Genosse Palme ist für den Antrag des Referenten, da dieses Gesetz dem Wucher vorbeugen würde. Abg. Genossin Kirpal befragte den Antrag des Referenten, daß allen Gemeinden, ohne Unterschied der Einwohnerzahl, Begräbniskonzessionen erteilt werden, wenn sie darum ansuchen.

Die Offensive gegen die Arbeiterchaft.

Das Ende des Weltkrieges ließ es der Bourgeoisie, auch wenn sie in den Siegerstaaten ungebroschen ihre Macht behauptete, dennoch räumlich erscheinen, dem Proletariat Zugeständnisse zu machen. Den aus dem Felde heimkehrenden „Siegern“ sofort die harte Unternehmerrausch zu zeigen, schien, solange man die Spitze der Heimkehrenden nicht genau studiert hatte, doch einigermassen gefährlich. Je mehr diese Befürchtungen zerrannen, weil sich die Arbeiterchaft im Bruderkampfe selbst zerfleischt, desto leichter rückten die vereinten Mächte der Reaktion, Kapital, Militär und Agrarier, in die Positionen der Vorkriegszeit vor und jetzt bliesen sie allenthalben schon zum Generalsturm gegen die Koalitionsfreiheit und den Achtstundentag. Modern aufgesetzt, d. h. mit dem „Kampf gegen den Bolschewismus“ begründet, erstelben die Biemarckischen Sozialisten, unter den Angehörigen wieder aus dem Grabe.

Vor einigen Wochen, gelegentlich der politischen Ausnahmeverordnungen, dürfte man sich noch mit dem Gedanken trösten, daß in diesem Paradies des halbasiatischen Rückschrittes Unmögliches möglich werden könne, nicht aber im „fortgeschrittenen Westen“. Mit diesem Troste ist es nun auch vorbei. Wandelt doch auf Polens Spuren ausgehend das „freie“ Land Europas, die Schweiz. Daß der Wohlstand, der auf sie hernieder geschossen, der Arbeiterchaft dort zum Nachteil auslagte, wußte man schon lange, wußte, daß Lohnreduktionen, Arbeitslosigkeit und Industriekrisen die partitane Rückseite des Kapitalismus bilden. Trotzdem erschüttert es zu hören, mit welcher Brutalität die frühere Enkel Wilhelm Tels dem Schweizer Proletariat die fargen Ertragsüberschüsse der letzten Jahre zu rauben trachten. Der Geschäftsenten, die ihm trosten in einem Sozialistischen erdichten, übertrifft an manischer Schandbarkeit noch weit das Schmachsymbol des fargenhaften Vopites. Der Verner Delegierte auf dem deutschösterreichischen Parteitag, Genosse Kuttigshofen, erzählte über den frechen Angriff der Bourgeoisie folgendes:

Die schweizerische Arbeiterchaft leidet gegenwärtig unter einer furchtbaren Reaktion, die sich vor allem auf die Agrarier stützt, die aber auch vom Unternehmertum getragen wird. Beide Gruppen werden von den Behörden unterdrückt. So hat ein Bundesrat einen Erlaß herausgegeben, der den direkten Arbeitern organisieren, einen Erlaß, in dem wörtlich steht, es sollen bei Zusammenrottungen, bei Generalstreiks, bei revolutionären Bewegungen die Führer der Arbeiterchaft durch trefflichere Schützen von oberen Stockwerken aus niederschossen werden. Das genügt aber nicht. Es ist gegenwärtig von einem schweizerischen Abgeordneten im Nationalrat ein Antrag anhängig, das mit den Unterdrückten der Mehrheit der bürgerlichen Vertreter, überhaupt der absoluten Mehrheit der Vertreter in diesem eidgenössischen Parlament versehen ist, in dem die Abschaffung der Achtundvierzigstundentage verlangt wird. Man wagt es also bereits, auf gesetzlichem Wege gegen diese Ertragsüberschüsse der arbeitenden Bevölkerung vorzugehen. Damit der Widerstand der Arbeiterchaft, der unter dieser Reaktion natürlich wachsen muß, vornehmlich erteilt zu werden könne, ist auch bereits eine Novelle zum schweizerischen Bundesstrafgesetze herausgegeben und soll auch Gesetzeskraft erlangen, wonach nicht nur den Truppen Anweisungen gegeben werden sollen, wie man Arbeiterführer und Vertrauensmänner der Arbeiter von oberen Stockwerken aus niederschleudern soll, sondern die es auch ermöglichen sollen, jede Kollektivaktion im

Reine zu ersticken. In dieser Novelle zum Bundesstrafgesetze sind für jeden, der Angehörige, Beamte und Arbeiter eines öffentlichen Betriebes zur Stilllegung dieses Betriebes aufordert, drei Monate Zuchthaus vorgeschrieben, also ein Zuchthausgefängnis im reinen Sinne des Wortes, ein Zuchthausgefängnis, mit dem man bereits im Jahre 1878 in Deutschland die Arbeiterbewegung, die sozialistische Bewegung niederzuzermalen zu können glaubte, ein Zuchthausgefängnis, welches das Unterfangen der Unternehmung, die Löhne herabzudrücken und die Arbeitszeit zu verlängern, gesetzlich schützen sollte. Daß die Behörden und das Unternehmertum in der Schweiz einen solchen Kurs gegenüber der Arbeiterchaft einzuschlagen wagen können, ist nur möglich unter dem furchtbaren Druck der Wirtschaftskrise, die gegenwärtig in vielen Teilen der Schweiz herrscht. Die Zahl unserer vollständigen Arbeitslosen beträgt 60.000 und 70.000, die der teilweisen Arbeitslosen, die täglich einige Stunden eber eine Tage in der Woche arbeiten, etwa hunderttausend. Nun glauben die Unternehmertum und die Behörden, daß der Moment gekommen sei, in dem die Arbeiterchaft so demoralisiert ist, daß man den Gewaltstreik wagen könne, um der Arbeiterchaft wiederum das zu entreißen, was sie sich in ihrer gewaltigen Aufregung im November 1918 hatte holen können. Daher ist es unsere Daurtaufgabe, zu verhindern, daß die Arbeiterchaft demoralisiert wird.

Die Wirtschaftskrise, die in der Schweiz den Unternehmern die Mährheit gibt, zum Angriff vorzugehen, ist auch in der Tschechoslowakei auf dem Marsche, auch hier kam in jedem Augenblicke ein Heer von Arbeitslosen ohne Brot dazwischen. Die gleichen Voraussetzungen können auch hier die gleichen Folgen zeitigen, auch hier kann und wird die Reaktion versuchen, ihren Ausbenderdrang von den „Rechten des Sozialismus“ zu befreien. Des Proletariates der Remobil ohne Unterschied der Nation harren schwere Arme und harte Kämpfe um die Ertragsüberschüsse der letzten Jahre es, sich zu sammeln, sich zu wahren und, in internationaler Einheitsfront, Gewehr bei Seite zu stehen.

Tages-Neuigkeiten.

Die Welt, die zum Haß erzucht. Wir haben gestern über den gewaltsamen Tod berichtet, den Montag zwei Bedienerinnen in einer Kanzlei der Prager Hauptpost starben. Haß war das Motiv des Mordes, den die Vasov an der Muzikar verübte und Haß war — so stellt sich nun heraus — die Ursache, aus der sich die Vasov später erhängte. In ihrer Tasche fand man drei Briefe. Der eine, der an die Polizeidirektion gerichtet ist, schließt mit folgender Stelle:

„Begrabt mich in der Nacht, wo ihr wollt, mir ist alles gleich. Ich hasse die Menschheit und deshalb will ich nicht, daß man weiß, wo meine Leiche begraben ist. Ich habe niemals etwas vom Leben gehabt, und will auch nichts nach dem Tode.“

In dem Augenblicke, da wir diese Zeilen lesen, vergessen wir, daß dies die Worte einer Mörderin sind und wir sehen nur mehr das elende Leben einer Proletarierin vor uns, die nach der unglücklichen Tat des Hasses, der einzigen Tat vielleicht ihres Lebens überhaupt, aus Haß gegen die anderen Menschen Hand an sich legte. Vor unseren Augen rollt sich das oft gesehene Bild des freudlosen Lebens einer Arbeiterin ab, die niemals Glück und Sonne

genossen, die von Jugend auf arbeitete und immer wieder und unablässig arbeiten mußte, um ihr nacktes Dasein zu fristen. Nichts hat sie vom Leben gehabt als Not und Elend und die verbitternde Armut, die ewige freudlose Daseinsarbeit, die ewige Schuld an dem Kleinlichen, sich stets erhaltend und steigend, die Haß gegen die Kameradinnen ihres Schicksals. Der Haß gegen die Welt, von deren tausend Freuden ihr nicht die kleinste gepöndt war, der Haß gegen die anderen, die Freude genießen, unbekümmert um das Leid der Millionen, entlud sich mit einem Male in einer verabscheuungswürdigen Tat. Noch immer aber, auch in der Mörderin noch, loderte weiter der Haß, der ihr das Testament diktierte, der sie auch zum Selbstmord trieb. Solche Häufung von Haß ist es, die uns umso mehr nötig, weiter Liebe zu predigen, die allein Menschen und Menschheit beglücken kann. Solange wir nicht eine Welt der Freiheit und darum auch der Liebe aufgerichtet haben, behält der Haß sein trauriges Recht, solange werden immer wieder Verzweifelte das Dichterwort nachsprechen: „Wir haben lang genug geliebt und wollen endlich hassen.“

Zwangsanleihe der Mieter? Wie „Gesetzblatt“ meldet, wurde von der Baukommission der koalitierten Parteien die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes über die Beschränkung des Uebermietungsrechtes, ferner des Gesetzes über die Baubewegung auch für das Jahr 1922 beschlossen. Das Hauptthema für die Entwicklung der Baubewegung ist vor allem die Unzulänglichkeit der finanziellen Mittel, da die Zinsanleihe nicht den erwarteten Erfolg hatte. Bisher sind auf Grund des Gesetzes 502 Häuser mit 781 Wohnungen für den Betrag von 58 Millionen Kronen, davon nur 58 von Einzelpersonen, die übrigen von Gemeinden und Baugenossenschaften, aufgebaut worden. Angemeldet waren 903 Häuser mit 1906 Wohnungen bei einem Aufwande von 180 Millionen Kronen. Vom Ministerium wurden aber Pläne für 10.103 Häuser mit 30.584 Wohnungen genehmigt, nur müssen die finanziellen Mittel beschafft werden. Es wurde, da der Antrag einer Zwangsanleihe seitens der Geldinstitute keinen Anklang fand, der bereits gestern gemeldete Antrag angenommen, wozu eine Zwangsanleihe der Mieter in der Weise erfolgen soll, daß ein zugleich als Küche dienendes Zimmer freibleiben wird. Dagegen wird der Mieter für einen Mietraum (außer Küche) 50 K. für zwei Zimmer 150 K., für drei Zimmer 300 K. und für jedes weitere Zimmer je 200 K. für Kassei und Handelsräume je 100 K. zu zeichnen haben. Die Anleihe wäre 6 Prozentig und in fünfzig Jahren rückzahlbar. Das Mieter-schutzgesetz soll ebenfalls verlängert, die Mietsämter aber aufgehoben und der Schutz der Mieter durchgeföhrt werden. Die Agenda der Mietsämter übernehmen die Bezirksgerichte.

Italienische Militärjustiz. Das tschechische Preßbüro veröffentlicht folgende Habasmeldung aus Palermo: Das Militärgericht hat das Urteil bestätigt, durch welches der kommunistische Abgeordnete Misiano wegen Desertion während des Krieges zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wird. Es ist an sich schon eine empörende Tat, mehr als drei Jahre nach Beendigung des Weltkrieges noch ehemalige Deserteure vor Gericht zu stellen und zu verurteilen. Das Urteil des Mi-

Fenilleton.

Steinachs Verjüngungstur.

Von Adolf Koellch.

Es hat immer Menschen gegeben, die nicht altern und womöglich auch nicht sterben wollten, und obgleich ich für diesen Typ nicht das geringste Verständnis habe, sofern er seine Wünsche in die diesseitige Welt hineinversetzt und nur an den Körper und die Freuden des Körpers denkt, wenn er vom Leben und Lebenserneuerung redet, erscheinen mir doch die Anstrengungen bemerkenswert, die wie Spuren im Schnee den lauren Weg zur Verwirklichung seiner Wunschbilder bezeichnen. Meine Aufzeichnungen belehren mich, daß schon die Verjüngungstechniker des Bronze- und vielleicht sogar die des Steinzeitalters an der harten Frage herumgekaut haben und daß sie im ganzen nicht blümmer verfahren sind, als die Gelehrten von heute. Denn schon ihnen war klar, daß das Prinzip der Jugend erst legendlich mißgefaßt werden können, bevor es als triebkräftiges Erneuerungsmittel auf zersallende Körper übertragbar sei. Doch wie der Jugendkraft habhaft werden? In ihrer Ratlosigkeit verließen sich die Hofärzte der Alten, ganz wie wir, auf das Experiment. Sie sagten sich, Jugendkraft sei offenbar nur bei Jugend und i. jugendlichen Leibern zu finden. Da nun aber an einem jungen Ding alles jung ist, das Fleisch und das Blut, das Licht der Augen und das Lachen des Mundes, das Herz und die Brust und die kleine

Rehe sogar, verordneten sie gleich das ganze Gefäß, pachten den alten Herrn, der um jeden Preis wieder jung werden wollte, mit ein paar jungen lebensstrogenden Dingen ins Stroh, vielleicht daß von ihren warmen Körpern ein belebender Sauch auf ihn überströmte und ihn wieder jung machte. David hat sich in Form der schönen Abilag dieses sicherlich einfachste aller Auffrischungsmittel verschreiben lassen, auch Kaiser Karl, Ludwig XV. und andere hohe oder weniger hohe Herren haben von ihm Gebrauch gemacht. Später, wohl notgedrungen, fing man schon bestimunter zu denken an, begann nach Organen oder Säften zu suchen, die das Prinzip der Jugend, wie man meinte, in gedrängterer Form enthalten müßten, als der Leib in seiner Ganzheit, und beschritt damit den Weg, den das schwindliche Verjüngungstreben seitdem nicht mehr verlassen hat und an dessen vorderster Biegung wir jüngst den Namen Steinach haben auftauchen sehen. Vorübergehend handten sich alle Hoffnungen und Verheißungen an die Frauenmilch. Man möge des Menschen Baum mit diesem Säftlein recht fleißig begießen, wenn er zu vertrocknen beginnt, rieten Aiaten, Römer und Renaissanceärzte, und es wird versichert, daß mehr als ein Fürst der Welt und der Kirche Sänglinge von Mutterbrüsten vertreiben habe, um sich selber daran zu legen und an dem weichen Quellung zu trinken. Die Volksmedizin aber war dertweilen oder sogar schon vorher auf der Suche nach noch gefäßtigter Verjüngungssubstanz bereits um eine Station weiter geraten und bei den Keimdrüsen als der eigent-

lichen Spendern der Jugendkraft ansetzt. Samenbrüsen und Eierstöcke aller blühtigen Zustand zum Zweck der Eroffnung (von Eros, der Liebesgott), und Auffrischung verfallender Leiber verzehrt: ich bin überzeugt, daß von ganz dämonischen Brüdern auch unerschliche Teile gestressen wurden. Wenn es trotzdem ungeheures Aufsehen erregte, als 1869 der berühmte französische Physiologe Brown-Sequard, damals ein über siebenzigjähriger Mann, der französischen Akademie der Wissenschaften die Mitteilung machte, daß er sich bestimmt präparierte Hodenpräparate eingespritzt und die Wirkung nicht nur in Hebung des subjektiven Wohlbefindens und der geistigen Frische, sondern auch in einer spürbaren Kräftigung des ganzen Muskelsystems bestanden habe — so konnten die Stürme vom überfranuter Bewunderung oder Embörung und der ganze ökonomische Skandal, der schließlich daraus entstand, nur darum losbrechen, weil man ganz und gar vergessen hatte, daß es noch vor nicht langer Zeit die Tiere gewesen war, dieselben Substanzen, die sich Brown-Sequard durch Einspritzung zugeführt hatte, sich auf dem Mundweg einzuverleiben: mit keiner anderen Absicht als der, die Lebensenergie neu aufzufrischen, und zwar mit jenem Material, das überlieferungsgemäß als Wohnsitz des Dämons der Jugendkraft galt. Auch Steinachs Arbeiten, durch reicheres Einzelwissen von den Anschauungen der Vergangenheit abgerückt und über manchen sonst schon numismierten Irrtum erhellt, laufen darauf hinaus, die grundsätzliche Richtigkeit

und ins Wesen gehende Trefflichkeit der Ahnungen uralter Volksmedizin zu bestätigen. Die Organe, auf die er unsere Blicke hingewirgt, sind dieselben Eierstöcke und Samenbrüsen, an welchen sich schon längst die Ideenwelt der Verjüngungstechniker festgefangt hatte, und wenn auch vermehrte Erfahrung die Eier und Samen bildenden Elemente aus der Rechnung gestrichen und die Aufmerksamkeit ganz auf die früher für nebensächlich gehaltenen „Pubertätsdrüsen“, einen Zwischenbestandteil der Eierstock- und Hodengewebe, hingelenkt hat, so lebt doch auch in der neuesten Theorien, durch Versuche bestätigt, die uralte Vorstellung weiter, daß von diesen Drüsen besondere Säfte in die Blutbahn entsaunen werden und daß diese Säfte oder „Hormone“ (im Verein mit in anderen inneren Drüsen entstandenen Abscheidungen) die eigentlichen Werkstoffe des Jugendwachstums und die Antreiber jener Leistungen sind, zu denen nur die Hoch- und Blütezeit des Lebens befähigt. Infolgedessen trat auch das Verjüngungsproblem in fast unveränderter Fassung aus den Vorräumen der Geschichte in die biologischen Versuchsanstalten der Gegenwart ein. Es lautet, auf eine einfache Formel gebracht: Wie bringt man jene vielvermeintenden Säfte wieder ins Leben, wenn infolge beginnenden Alterszerfalls ihr Ursprungsquell zu veröden droht? Steinach, durch seine geschichts-wissenschaftlichen Vorarbeiten wie kaum ein anderer zur experimentellen Anagnosierung dieser vielen so unbegreiflich wichtigen Frage besonders berufen, nennt in seinem kürzlich (bei Springer,

färgerichts Palermo aber in dem Falle Missi- no ist eine Schandtat für die ganze italienische Justiz. Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir annehmen, dass die grausame Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus mehr dem Romanu- ni ist n, als dem Defeurter Missano gilt.

Eine zivile Rächenkade. In der Nacht vom 22. November meldet sich ein eleganter Herr auf der Wachtube in Arnan. Stelle sich als Ministerialrat Dr. Strecky aus Prag vor, und verlangte, daß man ihm das Krankenhaus zeige, was auch am nächsten Morgen geschah. Er nahm Rücksprache mit den Ärzten, notierte sich alles, inspizierte dann auch die Volksschule, wo er einiges beanstandete machte und ging schließlich in das Ursulinenkloster, um dort An- stände und Beschwerden mit Amtsmiene ent- gegenzunehmen. Dort wurde ihm viel von der Gefahr vorgewinkt, in der sich die Kloster- bürgerchule befindet und man ersuchte den Ministerialrat, sich dafür einzusetzen, daß diese Schule aufrechterhalten bleibt. Er versprach es — und verlangte 100 Kronen als Vorbehalt für Stempelgebühren, die ihm auch ohne Weiteres gegeben wurden. Der Herr Ministerialrat fuhr dann von Arnan nach Trautau und dann — kam man darauf, daß er ein Schwindler ist. Die Verfolgung wurde eingeleitet, verlief aber bis heute resultatlos.

Die Ausländerkontrolle in der Schweiz. Der Schweizer Bundesrat hat die neue am 1. De- zember in Kraft tretende Verordnung über die Kontrolle der Ausländer genehmigt. Nach die- ser Verordnung haben die Gesandtschaften und Konsulate das Recht zur selbständigen Ertei- lung des Visums für Einreisende in die Schweiz, sofern der Einreisende sich nur zum Zwecke eines vorübergehenden Aufenthaltes in der Schweiz befindet. Sobald Ausländer zum Zwecke der Ueberfiedlung oder Erwerbstätigkeit in die Schweiz kommen, sind ihre Gesuche um Einreise von den Gesandtschaften und Konsu- lats der eidgenössischen Grenzstelle vorzule- gen, die sie dem interessierten Kanton zu unter- breiten hat. Arbeitern und Hilfskräften ist das Visum von den Gesandtschaften und Kon- sulats selbständig zu erteilen, wenn das Ein- verständnis der kantonalen Polizeibehörde des Aufenthaltsortes vorliegt.

Grausamer Kindesmord einer Siebzehnjäh- rigen. Auf eine grausame Weise hat die 17jäh- rige Hausgehilfin Klara Katter in Graz ihr neugeborenes Kind getötet. Die Katter wurde in der Nacht zum Donnerstag von Geburtswen- den befallen und gebar ein Mädchen, das sie sofort auf grausame Weise tötete, worauf sie die Leiche in einem Kasten verwahrte. Donner- stag früh begab sie sich dann wie gewöhnlich auf ihren Dienstplatz in die Schmiedgasse, von wo sie aber alsbald in die Gebärklini gebracht werden mußte. Die Kindesleiche wurde ausge- funden, eine gerichtliche Kommission fand in einem Segelleinwandkoffer, eingehüllt in Pa- pier und schmutzige Wäsche, die blutüberströmte Leiche eines Kindes weiblichen Geschlechts. Die Katter legte folgendes Geständnis ab: Schon be- vor sie das Kind zur Welt brachte, faßte sie den Entschluß, das zu erwartende Kind aus der Welt zu schaffen. In der Nacht zum Don- nerstag brachte sie das Kind ohne fremde Bei- hülfe in ihrer Wohnung zur Welt. Sie nahm das Kind aus dem Bette, packte es an einem Fäßchen und hielt es daran, den Kopf des Kin- des nach unten hängen lassend, frei in der Luft. Mit einer Schere in der anderen Hand schnitt die junge Mutter dann dem Kinde in meh- reren Schnitten den Hals durch. Diese Ope-

ration setzte sie solange fort, bis die Kehle voll- ständig zerschnitten und das Kind ausgeblutet und tot war. Dann verpackte sie die Leiche in Papier und in einen schmutzigen Unterrock und warf das Paket in den Koffer. „Ich hatte“, sagte die Unglückliche, „die Absicht, das Paket mit der Leiche später in die Mur zu werfen.“ Nach der Mordtat legte sich die Katter wieder ins Bett, das von den Blutspriehern ihres Kin- des benetzt war, und schlief ruhig und fest bis sechs Uhr früh. Ueber die Beweggründe ihrer Tat gab sie an, sie wisse nicht, wer der Vater ihres Kindes sei und habe auch nicht gewußt, was sie mit dem Kinde tun solle; deshalb habe sie sich schon vor der Entbindung dazu entschlo- sen, das Kind aus der Welt zu räumen. Den Mord habe sie im Finstern begangen, vor dem Licht habe sie sich geschützt. Die Katter wurde in Graz geboren und ist auch nach Graz zuge- wandert; sie ist, wie oben schon erwähnt, erst 17 Jahre alt. Nach ihrer Genesung wird sie dem Grazer Landesgerichte eingeliefert werden.

Die Pechburger Zweigstelle der Prager Staatswissenschaftlichen Gesellschaft hat sich Dienstag konstituiert. Später werden auch in anderen größeren Städten in der Slowakei Zweigstellen errichtet werden. Der Rektor der Komenskijuniversität Dr. Rath sprach über die Aufgaben des staatswissenschaftlichen Studi- ums. Prof. Dr. Tomsa über das allernächste Tätigkeitsprogramm. Zum Präsidenten wurde Rektor Dr. Rath und zum Vizepräsidenten der ehemalige Minister Hajner gewählt.

Ein allgemeines genossenschaftliches Preis- ausschreiben veranstaltet das „Konsumge- nossenschaftliche Familienblatt“ für den besten Wahlspruch (Motto), welches in den Kopf des „Konsumgenossenschaftlichen Fa- milienblattes“ aufgenommen werden soll. Als erster Preis ist ein Bücherpaket ausgeschrieben, welches folgende sieben Bücher enthält: 1. Friedrich Schillers Werke in drei Bänden, eleg. geb. 2. August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, eleg. geb. 3. Prof. Dr. Franz Staudinger „Die Konsumgenossenschaft“, mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorworte von Karl Kautsky. 5. Das illustrierte „Freiheit“- Jahrbuch für das Jahr 1922. 6. Das illustrierte „Vorwärts“-Jahrbuch für das Jahr 1922 und 7. Den von der Großeinkaufsgesellschaft herausgegebenen, reich ausgestatteten „Konsum- genossenschaftlichen Taschenkalender“ für das Jahr 1922. Außerdem ist ein zweiter Preis (Bücherpaket) und weitere zehn Preise aus- geschrieben. An dem Preisausschreiben kann sich jedes Konsumvereinsmitglied beteiligen. Die Beteiligung an dem Preisausschreiben ist für die Konsumvereinsmitglieder mit gar keinen Kosten verbunden. Näheres in der November- nummer des „Konsumgenossenschaftlichen Fa- milienblattes“, welches die Konsumvereinsmit- glieder durch ihren Konsumverein erhalten.

Wiens Einwohnerzahl. Dem soeben ausge- gebenen Berichte des österreichischen statistischen Amtes zufolge zählt Oesterreich nach der Volks- zählung vom Jahre 1920 6.131.445 Einwohner, davon 2.935.730 Männer und 3.195.715 Frauen. Gegenüber der Volkszählung vom Jahre 1910 ist eine Abnahme der Bevölke- rung um 203.595 Personen festzustellen. Die Zahl der Kinder unter zehn Jahren ist um 314.782 gesunken.

Ein magyarischer Grenzüberfall auf die Tschechoslowakei? „Nar Listy“ melden aus Ra-

ma Szabadka vom 28. ds.: „Gestern abends überschritten zwölf Mann regulären magyarischen Militärs die slowakische Grenze und drangen in Gardas-Puzta ein, wurden aber von unseren Soldaten über die Grenze getrieben. Von unserer Wache wurde niemand verletzt. Die Magyaren proklamieren dieses Gebiet als strittig. Wie es scheint, ver- folgen sie durch ihre fortwährenden Ueberfälle im Süden des Gómör Komitats den Zweck, das Vertrauen der Bevölkerung in das Prestige der Republik zu erschüttern.“ — Die Öffentlich- keit erwartet einen objektiven amtlichen Bericht.

Die Verstaatlichung der Krankenhäuser. Auf Grund des Gesetzes vom 9. April 1920, führt das Gesundheitsministerium die Rege- lung der rechtlichen Verhältnisse der allge- meinen Krankenhäuser durch. Der erste Punkt dieses Programmes ist die Verstaat- lichung der Krankenhäuser im Ostrauer Ge- biete. Das Epidemiespital in Hohenstadt, das Spital in Beskovic im Gutschiner Ländchen werden das staatliche Krankenhaus im Ostrauer Gebiete bilden. Weiter plant das Mi- nisterium die Verstaatlichung der Spitäler in Prag, Weinberge, Lencene (Slowakei) und Mukocero auf Grund des obzitierten Gesetzes. Der Gesetzentwurf wurde bereits vom Gesund- heitsausschusse angenommen und liegt jetzt beim Budgetausschusse. Wir hoffen, daß er dort nicht verstaubt wird.

Prager Venerologenkongreß. Vom 5.—10. Dezember findet in Prag ein vom tschechischen Roten Kreuz veranstalteter Venerologenkongreß statt.

Der Weihnachtverkehr mit Paketen. Das Pu- blikum wird ersucht, Weihnachtspakete bereits in den ersten Tagen des Monats Dezember zur Aufgabe zu bringen, damit die Sendungen den Empfängern rechtzeitig zukommen. Es gilt dies insbesondere von Sendungen mit Lebensmittel und leicht dem Verderben unterliegenden Gegen- ständen, da solchen Paketen in der Weihnachts- periode wegen des zu dieser Zeit alljährlich ein- tretenden außergewöhnlich starken Frachtwen- des keine besondere Bevorzugung gewährt werden kann. Da mit den Paketen bei der Ver- sendung nicht so sorgfältig umgegangen werden kann, als dies unter anderen Verhältnissen verlangt werden könnte, ist eine feste und bauer- hafte Verpackung die unerlässliche Vorbedingung für die Annahme der Pakete. Die Postdirektion empfiehlt daher den Absendern im eigenen Interesse, zum Versand nach Möglichkeit Holz- kisten zu benutzen. — Endlich ist es empfeh- lenswert, die Adressen deutlich und direkt auf die Verpackung zu schreiben oder so anzufügen, daß ein Abreißen ausgeschlossen ist. Sendungen nach Prag und anderen größeren Städten müssen die genaue Wohnungsangabe des Adressaten (Vor- ort, Straße, Gasse und Hausnummer sowie Postort, nach Prag und Brünn nach Tünlich- keit auch die Türnummer tragen. Ebenso muß der Inhalt der Sendung sowohl auf der Besen- adresse, als auch auf der Sendung selbst ange- geben sein.

Zum Tode des Genossen Professor Mandlik. Der tschechisch-sozialdemokratische Nationalklub hat dem deutschen sozialdemokratischen sein Bei- leid ausgedrückt und 100 Kronen für den Rand- niftfonds gespendet.

Sonderbare Vergiftung einer Familie durch ausströmendes Gas. In den Wohnräumen der Fabrik der Firma Weingert in Lieben wurde gestern gegen 8 Uhr abends der frühere Kutscher und jetzige Gasarbeiter Anton Schindler mit seiner Frau und drei Kindern im Alter von 14, 12 und 8 Jahren tot aufgefunden. Als der Vor- ster Anton Wohl und der Maschinist Anton Nos- koust beim Vorbeigehen an der Wohnung einen Gasgeruch wahrnahmen und die Tür aufbrachen, fanden sie die Frau und Kinder im Bette lie- gend vor, während der Mann vor dem Bette

(Schläge). Die Stumpfheit der Sinne ist ge- wichen. Währte es vorher lange, bis der ruhende Kopf die aufgeführten brünstigen Weibchen durch den Geruchssinn erkannte, so wittert er sie jetzt sofort und kann benützt werden, um solche aus einem Rudel heraus- zufinden. ... Die durchgreifendste Veränderung geht beim Geschlechtsbetriebe vor sich. Voll- ständige Indifferenz (Gleichgültigkeit) und Impotenz (geschlechtliches Unvermögen) oder schwaches Interesse wandeln sich in stürmi- sche Leidenschaft und stärkste Potenz.“ (Wobei unter Potenz, wie ich zur Vermeidung von Irrtümern bemerkt will, nicht Zeugungs- fähigkeit zu verstehen ist, sondern Fähigkeit und Lust zur Vergattung.) Allerdings wird von Steinach bemerkt, daß „später auch die Samen- drüse“ von der Neubelebung ergriffen werde und damit das Zeugungsvermögen wiederher- gestellt wird. Aber dem Tier kann das nichts nützen, weil durch beiderseitige Unterbindung der Ausfluß des Samens unmöglich geworden ist. Nur bei einseitiger Unterbindung kann auch die Zeugungsfähigkeit wiederhergestellt werden, wie die Praxis eines von Steinach ermittelten Falles erweist. — Genau wie die Rattenböcke, erblühten auch drei gealterte Männer, die (ohne ihr Wissen) von dem Wiener Chirurgen Lichtenkern nach Steinach Verfahren behandelt worden waren. Dabei scheint bei allen dreien die Wie- derkehr „heftiger Libido“ (Geschlechtsver- langen) das Hauptergebnis gewesen zu sein. (Fortsetzung folgt.)

nierte und einen Löffel in der Hand hielt. Der herbeigerufene Polizeiarzt konstatierte eine Leichen- vergiftung, bis jetzt ist es aber noch nicht aufgeklärt, wie es zu der Vergiftung kam. In dem Hause gibt es nämlich gar keine eigene Gasführung. Man vermutet, daß das Gas durch eine Röhre im Fußboden oder in der Wand von der Gasse, wo wahrscheinlich die Gasröhre geplant ist. Die Gerichtskommission wird erst den Totbestand eingehend zu untersuchen haben.

Anträge zum Parteitag.

(Fortsetzung.)

Nr. 31. Antrag der Genossen Reigner, Dr. Czech und Germal zu Punkt 5 „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“.

Der Parteitag wolle beschließen:

Forderungen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei für alle Selbstverwaltungskörper.

1. Die Verwaltung des Staates wird von der Beamtenchaft, die nur der Regierung unter- befehligt. In einer demokratischen Republik muß die gesamte Verwaltung direkt durch die vom Volke gewählten Vertreter ausgeübt werden: Die Demokratie in der Gesetzgebung ist ein bloßes Stützwort ohne die Demokratie in der Verwaltung. Keine Verfassung kann dem Volke genügen, die nicht auf der freien, unzerstörbaren Grundlage der demokratischen Lokalverwaltung ruht, in der das Volk sich seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten selbst vertritt.

2. Die tschechoslowakische Republik wird von mehreren Nationen bewohnt. Sollen die nation- alen Kämpfe, die das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben aller Völker verzehren, eine wesentliche Milderung erfahren, muß jedes Volk seine Angelegenheiten selbst verwalten, das Staatsgebiet in national abgegrenzte Bezirke eingeteilt werden. Nur wenn die Nationen als freie, von einander völlig unabhängige Körperschaften rechtlich konstituiert werden, Steuerhoheit erhal- ten, damit sie die Ausgaben für die Schule, für Kultur- und andere Wohlfahrtszwecke selbst bestreiten können, wird ein friedliches Nebenein- anderleben der Völker ermöglicht. Durch ein von den Nationen einvernehmlich beschlossenes Ge- setz müßten auch die nationalen Rechte der Minder- heiten geregelt werden.

3. Die Gemeinden befinden sich in einem Ab- hängigkeitsverhältnis zum Staate. Durch die Uebertragung von Aufgaben der staatlichen Ver- waltung und politischer Funktionen sind die Gemeinden Organe der staatlichen Bürokratie geworden, deren Befehlsgewalt sie unterworfen sind.

4. Die Selbstverwaltungskörper müssen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, durch entspre- chende gesetzliche Maßnahmen die ausreichende Möglichkeit, Steuern einzubehalten und von den Einnahmen der Staatssteuern die zur Führung der Gemeindeverwaltung erforderlichen Mittel erhalten.

5. Das Ziel der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist die Beseitigung der kapitalisti- schen Gesellschaftsordnung und die Verwirkli- chung des Sozialismus. Uebergang vom Privat- in Gemeindefiskus bedeutet ein Stück des Weges zum Sozialismus. Darum fordern wir ein Ge- setz, durch das Gemeinden sowie andere Selbst- verwaltungskörper das Recht erhalten, Unter- nehmungen bestimmter Wirtschaftszweige zu übernehmen und zu betreiben.

6. Die Wohnungsfrage kann die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht lösen, weil der Privat- besitz an Grund und Boden eine Grundlaxe dieser Gesellschaftsordnung bildet. Der Krieg hat durch den Stillstand jeglicher Bautätigkeit wäh- rend seiner ganzen Dauer die Wohnungsnot in ungeheurer Maße verschärft. Die Ueberfüllung der Wohnungen, namentlich in den Städten und großen Industriegebieten, ist zur furchtbaren Gefahr für die Volksgesundheit, zur Quelle der Verwahrlosung der Jugend und zur Zerrüttung des Familienlebens geworden. Nach dem Kriege sind die Baukosten so gestiegen, daß die private Bautätigkeit fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Darum müssen wir von der Gesetzgebung verlangen, daß die rechtlichen Grundlagen für eine großzügige, sozialdemokratische Wohnungs- politik geschaffen werden.

7. In den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Tätigkeit stellt die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei die Fürsorge für den Menschen, insbesondere für die Jugend und das Alter, für alle Hilflose und Fürsorgebedürftigen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern wir:

I. Verfassungsrecht.

1. Völlige Beseitigung des bürokratischen Herr- schaftssystems.
2. Selbstverwaltungskörper als die einzigen Organe der Verwaltung, die ihre Beamten und ihre Amtsprache selbst wählen.
3. Nationale Selbstverwaltung. In Gemeinden mit starker nationaler Mischung werden für jede Nation besondere Vertretungskörper auf der Grundlage freier Wahl aller Volksschöpflich- gen geschaffen, die die besonderen Angelegenheiten der Nation selbständig verwalten.
4. Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, durch die der Staat die freie Selbstverwaltung behindert und aufhebt. Beschränkung des staat- lichen Ausschusses auf das Recht der Bean- standung gesetzlicher Verwaltungskörper der Gemein- den; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit nur durch die ordentlichen Gerichte.
5. Gesetzliche Regelung betreffend die Schaf- fung von Gemeindeverbänden unter völliger Ausschluß jeder staatlichen Einwirkung. Jede Gemeinde muß berechtigt sein, einem Gemeinde- verbande beizutreten oder bei der Gründung mitzuwirken. Der Zusammenschluß zu Gemein- deverbänden oder der Beitritt kann auch von einem übergeordneten Selbstverwaltungskörper beschlos- sen werden. Für Minderheitsgemeinden muß der übergeordnete nationale Selbstverwaltungskörper mitentscheiden.
6. Gemeindevertreter sind in derselben Weise gegen jede Verfolgung in der Ausübung ihrer Funktion zu schützen, wie die Mitglieder der Na- tionalversammlung.

Berlin) erschienenen Buch „Verjüngung durch experimentelle Neubelebung der alternden Pu- bertätsdrüse“ drei Verfahren, die von ihm mehr oder weniger gründlich erprobt worden sind. Unter den dreien ist eins, das aus ana- tomischen Gründen nur bei männlichen In- dividuen anwendbar ist, aber am weitesten trug und eben jene Erfolge eingebracht hat, die während der letzten Monate gewisse Schrift- steller fast aus dem Hinaus gebracht und zu soliel peinlichem Geschwäh und peinlicher Lohndelerei den Anlaß gegeben haben. Das genannte Verfahren besteht in Unterbindung der Ausführungskanäle der Samenröhren, einem Eingriff also, der die Zeugungsfähig- keit unbedingt zum Erlöschen bringt und am vorzuziehendsten ausgeführt wird, wenn sich bereits die ersten körperlichen Vergrei- lungsercheinungen melden. Wie von den Franzosen Bouin und Ancei (deren Vor- gängerchaft Steinach nirgends erwähnt) schon vor einem halben Menschenalter festgestellt worden ist, wird durch diesen Eingriff eine zu- nehmende Wucherung der Pubertätsdrüsen- zellen bewirkt, so daß der Gedanke nahe lag, es sei mit der Massenahme der Zellen auch eine vermehrte Abscheidung der treibenden Säfte verbunden. Gerade auf diese Neubelebung der Kastablonerung aber hatte Steinach es abgesehen. Er griff also, in Verfolgung bereits gebahnter Beobachtungen zur Gefäßunterbindung, hoffend, daß sie wie beim Jungen, so auch beim eben die Schwelle des Alters betretenden Tier die Pubertätsdrü- zellen zu neuem Schaffen anregen werde.

II. Reform der Finanzen.

- 1. Steuerhoheit für die Selbstverwaltungsglieder durch Schaffung eines Gesetzes, das die bestehende, selbständige Realsteuer (Grund- und Gebäudesteuer, Pauplan- und Wertzuwachssteuer) einbehalten. Die Realsteuern sind nach dem gemeinen Wert zu bemessen, der periodenweise zu ermitteln ist. Sonstige Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht durch Gesetz ausdrücklich verboten ist.
- 2. Zuweisung von Anteilen aus den Erträgen der Staatssteuern, wobei den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen ist.
- 3. Zuschüsse für alle Aufwandsgegenstände, ferner für das Schul- und Gesundheitswesen, für die Töbhfahrtswege und den Wegebau.
- 4. Entschädigung der Gemeinden durch Zuweisungen aus der Vermögensabgabe.

III. Kommunalisierung.

Unternehmungen, die allgemein notwendigen Bedürfnissen der Gemeinde zu dienen, sind ausschließlich von der Gemeinde zu betreiben, soweit sie nicht von einem größeren Verband (Reich, Gau oder Bezirk) sozialisiert sind, und zwar:

- a) Verkehrsunternehmungen für das Gemeindegebiet,
- b) Unternehmungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft,
- c) Herstellung von Kleinwohnungen, zu welchem Zwecke den Gemeinden ein Enteignungsrecht des unbebauten Bodens zusteht,
- d) Apotheken,
- e) Postämter,
- f) Herstellung von Gegenständen des Bedarfs der Gemeindeverwaltungen,
- g) Theater- und Spielplatzunternehmungen.

In national gemischten Gemeinden können solche Geschäfte nur mit Zustimmung der nationalen Gemeindevertretungen gefaßt werden.

IV. Wohnungsfrage.

a) Das Kommunalisierungsgesetz muß den Gemeinden das Recht geben, das im Bereiche der Gemeinde befindliche Bauland und die Produktionsstätten ihres Bereiches sowie natürliche Lagerungen von Baumaterialien zu enteignen und in gemeinwirtschaftlichen Vertrieben das zum Bau von Wohnungen erforderliche Material zu beschaffen.

b) Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes.

c) Ein Wohnbauförderungsgesetz, die Steuer auf die Mietzinsen entsprechend gestaffelt, flieht der Gemeinde zu. Aus dem Ertragnis werden besonders große Reparaturen an den Häusern von der Gemeinde vollbracht und Gemeindehäuser gebaut.

d) Errichtung von Wohnungssparern mit den Aufgaben der Inspektion, der Statistik und des Nachweises der Wohnungen.

V. Wohlfahrtspflege.

Gesetzliche Regelung der gesamten Wohlfahrtspflege auf Grundlage der nationalen Selbstverwaltung.

1. Kinder- und Jugendsfürsorge.

Der Gemeinde obliegt die Fürsorge für schuldlosen Nachwuchs. Diese Aufgabe umfaßt: den Säuglings- und Waisenunterricht, die Waisenspflege, die Pflege und Fürsorge für ausrichtungslose und gefährdete Kinder.

Zur Versorgung aller dieser Aufgaben dient das Jugendamt, welchem die Berufsberatung und die ärztliche Beratungsstelle sowie die zur Erfüllung bestimmter Fürsorgeaufgaben zu schaffenden Einrichtungen (Säuglingsasyle, Mütterheime, Kinderhort, Kinderkrippen, Kinderkassen, Waisenhäuser usw.) angeschlossen sind.

Zur Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen sind Hauspflege und Unterstützungen hilfsbedürftiger Personen vorzusehen.

Zur Ueberwachung der in Familienpflege befindlichen Waisen sind Berufsfürsorgerinnen zu bestellen.

Für Schulkinder ist durch Bestellung von Schul- und insbesondere Fahndrängern (in größeren Städten Fahndrängern), Turn- und Sportplätzen, Ferienkolonien Vorkehrungen zu treffen.

Schul- und allgemeine Kindererziehungsanstalten sowie Schwimm- und Badeeinrichtungen sollen die Kindererziehungsanstalten der Gemeinde ergänzen.

2. Gesundheitswesen.

Zur Fürsorge für das Gesundheitswesen der Gemeinden sind Gesundheitsämter zu schaffen. Ihnen unterstehen alle zum Schutz der Gesundheit erforderlichen Einrichtungen.

Das Gesundheitsamt überwacht den gesamten ärztlichen Dienst in der Gemeinde. Unbemittelte, nichtversicherungspflichtige Kranke haben auf unentgeltliche ambulatorische Behandlung und bei ernstlichen Erkrankungen auf ärztlichen Hausbesuch Anspruch. Für schwere Erkrankungen ist durch Einrichtung von städtischen Krankenhäusern oder — wo dies nicht möglich ist — durch unentgeltliche Überbringung in anderen öffentlichen Krankenhäusern vorzusehen.

Durch Errichtung ärztlicher Ambulatorien (Untersuchungs-, Beratungs- und Behandlungsstellen), Gesundheits- und Erholungsheime, Deime für Vinnenkranke, Trinker und Geisteskranke, weiters durch Bestellung beruflich ausgebildeter Pflegerinnen, durch Schaffung von Einrichtungen für den Krankentransport und das Rettungswesen ist der ärztliche Dienst der Gemeinde auszugestalten.

Der Seuchenbekämpfung ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die hierfür erforderlichen Einrichtungen (Desinfektionsdienst, Wohnungsinpektion, Beratungsstellen) ins Leben zu rufen.

Die Einrichtung eines städtischen Nahrungsmittelstandes hat der gesundheitspolizeilichen Ueberwachung der Verarbeitung und des Verkehrs von Nahrungsmitteln und Genussmitteln zu dienen.

Die sorgsamste Straßenreinigung und Kanalisation, die Schaffung von Abdeckungen und Einrichtungen zur Beseitigung und Verwertung der Abfälle hat den Gesundheitsdienst der Gemeinde zu ergänzen.

3. Sonstige Fürsorgezweige.

Das städtische Fürsorgewesen ist auf modernen Grundlagen aufzubauen, die Unterstützung der Fürsorgebedürftigen ist den jeweiligen Lebensverhältnissen anzupassen, für körperlich Blinde

Monarchistische Reichsverräterei in Bayern.

Die „Bayerische Königsparlei“ hat in ihrer letzten Landesvorstandssitzung eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Das deutsche Reich sei das Opfer der Weimarer Verfassung und der Mißwirtschaft der Reichsparteien. Der Kampf gegen Not und Hunger, die Zusammenfassung aller ordnungsliebenden Elemente könne nur betätigt werden, wenn man zurückgreife auf die selbständige Staatspolitik jedes einzelnen Bundesstaates. Das Reich zerfalle, wenn es nicht als Bundesstaat auf der Souveränität des Einzelstaates aufgebaut sei. Es werde die Stunde kommen, wo aus Selbsterhaltungstrieb heraus und zur Abwehr gegenüber dem Unvermögen der Reichsregierung eine lebensfähige Staatsordnung durchzuführen, jeder Einzelstaat seinen innerpolitischen Aufbau selbst in die Hand nehmen müsse. Die Bayerische Königsparlei mahnt ihre Mitglieder im Hinblick „auf die kommenden Ereignisse“, den Volksgenossen die Augen zu öffnen und die Einheitsfront aller heimat-treuen, ordnungsliebenden und königstreuen Staatsbürger vorzubereiten. Die Voraussetzung aller künftigen Einheit deutscher Staaten sei die gewaltsame, juristlose und erischlossene Abkehr von den Fesseln der Weimarer Verfassung!

Das ist die nackte Proklamierung des Kampfes für die gewaltsame Beseitigung der Weimarer Verfassung! Das Ziel ist natürlich die Errichtung der Monarchie, die wiederum nur möglich ist mit französischer Hilfe. Das aber würde das Ende des deutschen Reiches bedeuten! Vielleicht wird man allmählich außerhalb Bayern begreifen lernen, daß das Programm der bayerischen „Föderalisten“ im Grunde nichts anderes ist, als die Verschleierung dessen, was die Bayerische Königsparlei in ihrer Entschließung ganz offen proklamiert.

Tschechisches Intriguenpiel in Porto Rose.

Italien hat Herrn Benesch in Venedig um einen diplomatischen Erfolg gebracht. Die Tschechoslowakei fühlte sich, als der Streit ums Burgenland ernst zu werden begann, als Schiedsrichter zwischen Ungarn und Deutschösterreich, und diese Einbildung tat seinem gut entwickelten Selbstgefühl überaus wohl. Wir wissen, wie Italien Herrn Benesch unfaßt aus dem schönen Traum weckte, als es zur Schlichtung des Streites die Konferenz von Venedig einberief, und begreifen, daß die Tschechen ungeduldig auf eine Gelegenheit zur Revanche warteten. In Porto Rose ist ihnen diese Gelegenheit zuteil geworden. Als es darum ging, zwischen den Nachfolgerstaaten eine Wirtschaftskonvention auf der Grundlage des freien Handels zustande zu bringen, zögerten zuerst die tschechischen Delegierten und verlangten dann die Erlaubnis, Prag die Entscheidung überlassen zu dürfen. Benesch aber erklärte klipp und klar, „es müsse Prag schwer, wenn nicht unmöglich fallen, sich für den freien Handel zu entschließen, solange in Deutschland das Regime der Zollbarrieren aufrecht erhalten bleibe.“ Die Weigerung, welche Porto Rose um den weitesttragenden Er-

folg brachte, trifft vor allem Italiens Handelsinteressen und war darum wohl geeignet, „Rache für Venedig“ zu üben, aber der Schluß der Konferenz brachte noch eine weitere Bosheit. Derselbe wurde der neue „Freund“ der Republik, der „polnische Bruder“, ins Treffen geschickt. Als nämlich der italienische Vorsitzende Avezzana schon die Endformel gesprochen hatte: „Damit erkläre ich die Konferenz für geschlossen“, erklärte auf einmal der Führer der polnischen Delegation, in Streitfällen nur den französischen Text des Abkommens als bindend anerkennen zu können, nicht aber, wie zu Beginn der Konferenz vereinbart worden war, auch den italienischen. Prompt erhoben sich nach einander der tschechische und der südslawische Delegierte, um sich aus „praktischen Gründen“ dem Einspruch des Polen anzuschließen, kurz, die ganze kleine Entente marschierte auf und gerührte Italiens Einbildung gründlich, auch in Porto Rose führend gewesen zu sein. Seit einer Woche darf Herr Benesch wieder ruhig schlafen. Die Ohrfeige, die er in Venedig bekam, hat er in Porto Rose mit einer kräftigen Watsche erwidert.

dürftige sind Versorgungshäuser, Ebdachlosen- und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle einzurichten.

VI. Arbeiter-, Bediensteten- und Beamtenfürsorge.

Aufnahme der Lohnkasseln in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden, Abschaffung der Streiklausel; Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindefürsorge, Bekämpfung der Arbeiterordnungen, Dienstvorschriften usw. nur im Einvernehmen mit der Gewerkschaftsorganisation und dem Betriebsausschusse, Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung, Pensionsversicherung „retroactiva“ für Arbeiter und Angestellte mit Alters-, Witwen- und Waisenzinsen.

Die Washingtoner Konferenz.

Französisch: Zugeständnisse an Italien.

London, 29. November. (Reuter.) Die Franzosen haben nichts dagegen einzuräumen, daß Italien eine ebenso große Streikmacht zur See besitze, wie Frankreich, d. h. 300.000 Tonnen an Großkampfschiffen und 75.000 Tonnen an U-Booten.

Verzicht auf Vorzugsrechte in China.

Washington, 29. November. Der Ausschuh der neun Großmächte hat sich für den Verzicht auf die Extraterritorialitätsrechte und auf die ausländischen Gerichtshöfe in China ausgesprochen, vorausgesetzt, daß das System der chinesischen Gesetzgebung und Rechtsprechung von einer internationalen Untersuchungskommission für ausreichend befunden wird. Der Ausschuh erörterte ferner die Forderung Chinas betreffend die Zurückziehung der fremden Truppen. Die Delegationen sind grundsätzlich für diese Zurückziehung.

Bertrag von Venedig.

Ratifikation durch den österreichischen Nationalrat.

Wien, 30. November. Bundeskanzler Dr. Schober gab in der heutigen Sitzung des Nationalrates eine Uebersicht über die burgenländische Frage von der Zeit des Friedeschlusses ab und erklärte, daß er sich unter Brang entschließen habe, das Venediger Protokoll dem Nationalrate zur Ratifikation vorzulegen, da eventuell durch ein Hinanschieben dieser Angelegenheit das Odium und die Verantwortung Desterreich treffen könnte. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Bevölkerung des Ledenburgs Plebiszitgebietes sich bei der Abstimmung für das größere deutsche Vaterland und keineswegs für die bessere magyarische Valuta aussprechen würde. Bundeskanzler Schober habe vom tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch die Mitteilung erhalten, daß die oberösterreichischen Ententegegner bereits Befehl erhalten hätten, nach dem

England für die Aufhebung der Sanktionen am Rhein?

Paris, 30. November. Einer Nachricht des „Petit Journal“ zufolge wird die Volschafierkonferenz am 2. Dezember sich mit einer Note der englischen Regierung beschäftigen, in der von der Aufhebung der militärischen Sanktionen am Rhein und von der Beschränkung der militärischen Kontrolle in Deutschland die Rede ist.

Eine neue Grundlage für die irischen Verhandlungen.

London, 29. November. Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead hatten heute mit den Sinnfeiner-Delegierten eine Konferenz, auf der eine Reihe völlig neuer Vorschläge erörtert wurde. Diese Vorschläge werden Alier nur dann vorgelegt werden, wenn die Sinnfeiner ihnen zuvor zugestimmt haben. Hiermit sind die Verhandlungen in ein neues Stadium getreten. Diese Tatsache hatte schon tags vorher der Ministerpräsident von Alier, Craig, festgestellt, als er über die durch ihn erfolgte Ablehnung der bisherigen Regierungsvorschläge berichtete.

Berichtsaal.

Landru zum Tode verurteilt.

Versailles, 30. November. Das Schworenengericht hat heute Landru des mehrfachen Frauenmordes und Fälschungen für schuldig erkannt. Der Massenmörder wurde demgemäß zum Tode verurteilt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Weg mit den Arbeitsbüchern!

Obwohl bereits seit dem 4. November 1919 die Arbeits- und Dienstbotenbücher in der Tschechoslowakei abgeschafft sind, gibt es doch noch immer Arbeiter, die sich scheinbar von diesen Steckbriefen nicht trennen können. Man sollte es nicht glauben, daß dem wirklich so ist, doch ist es leider wahr, daß noch immer viele Arbeiter bei einer neuen Arbeitsaufnahme ihre Arbeitsbücher den Unternehmern übergeben. Im Laufe der Zeit sollte eigentlich einem jedem Einzelnen schon die Ueberflüssigkeit der Arbeitsbücher klar geworden sein, sollte der letzte Arbeiter schon erkannt haben, welches verhängnisvolles Dokument gerade das Arbeitsbuch ist. Das Arbeitsbuch gab den Unternehmern Gelegenheit, neben den Eintragungen der Zeugnisse und der Beschäftigungsdauer auch geheime — nur ihm und seinesgleichen verständliche — Zeichen einzuschreiben. War einmal ein Arbeitsbuch mit einem solchen Zeichen versehen, dann konnte der Arbeiter von Betrieb zu Betrieb, von Ort zu Ort wandern, ohne eine Beschäftigung zu erhalten. Solche Arbeiter mußten dann entweder ihren Beruf wechseln oder ins Ausland gehen und erst dann, wenn wieder einige Zeugnisse ohne die ominösen Zeichen eingetragen waren, konnte er im selben Beruf oder in der Nähe seines ehemaligen Arbeitsortes wieder Arbeit bekommen. Gegen diese Art Niedertracht waren die Arbeiter meistens wehrlos und durch Jahrzehnte haben die Organisationen der Arbeiter den Kampf um Beseitigung der Arbeits- und Dienstbotenbücher geführt. Im alten Oesterreich ist und die Abschaffung der Arbeitsbücher nicht gelungen, und es war auch hier wie in so vielen anderen Fragen die Zeit des Umsturzes, die die Bahn ebnete, und es dann möglich machte, die alte Forderung zum Schutze der Arbeiter endlich zu erfüllen.

Wenn die Arbeitsbücher endgültig beseitigt sind, sollte es keinen Arbeiter mehr geben, der sich bei der Arbeitsuche noch seines alten Steckbriefes bedient. Immer wieder aber kommen Beschwerden seitens Einzelner, daß ihnen durch die Verzeigung des Arbeitsbuches bei der Arbeitsuche Schwierigkeiten von Seiten einzelner Unternehmer gemacht werden. Hier gibt es nur ein Schutzmittel und das besteht darin, daß endlich alle Arbeiter begreifen, daß wir nun, nachdem die Arbeitsbücher geseitigt beseitigt sind, dieselben auch nicht mehr führen und benutzen dürfen. Tun wir es dennoch, dann geben wir den Unternehmern wieder eine Waffe in die Hand, die nur uns selbst neuerlich wieder schwere Wunden zufügen kann. Deshalb nehmt, wenn ihr auf die Arbeitsuche geht, kein Arbeitsbuch mehr mit, sondern wisst Euch, wenn es die Unternehmer fordern, mit jedem anderen Dokument aus. Wer da aber glaubt, daß er zur Legitimation unbedingt eines Befehles bedarf, der soll sich bei der zuständigen politischen Behörde eine Bürgerlegitimation ausstellen lassen, die genau denselben Zweck erfüllen wird. Ist das Arbeitsverhältnis beendet, dann muß der Unternehmer über Verlangen des Arbeiters ihn ein Zeugnis ausstellen, aus dem seine Verwendung und die Dauer der Beschäftigung im Betrieb hervorgeht. Deshalb schützt Euch selbst vor Verfassungen der Unternehmer, indem Ihr die Arbeitsbücher nicht mehr benützt.

Buchdruckerstreik in der Slowakei. Die Arbeiter im Druckergewerbe der Slowakei

Ledenburgs Plebiszitgebiete abzugeben. Das Protokoll wurde einstimmig vom Nationalrat genehmigt.

Ein Erfolg der englischen Flottendemonstration.

Die Kemalisten versprechen den Christen Ciliciens Schutz.

Konstantinopel, 29. November. (Tsch. B. B.) Der neue türkische Militärgouverneur, General Ruhiddin Pascha, erklärte in einem Manifest an die Bevölkerung Ciliciens der Schutz der christlichen Einwohner sei durch die Regierung von Angora sichergestellt und die Christen würden vom Militärdienste befreit sein.

Passive deutsche Zahlungsbilanz.

Berlin, 30. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Die deutsche Zahlungsbilanz zeigt eine ständig wachsende Passivität. So betrug im September der Wert der Einfuhr 10.668 Millionen Mark, der Wert der Ausfuhr dagegen nur 7519 Millionen Mark. Der Einfuhrüberschuh machte also 3149 Millionen Mark aus. Er hatte im Mai 1920, im Juni 1920, im Juli 1920, im August 2034 Millionen Mark betragen. Wenn auch in diesen Riffern die Verschlechterung der deutschen Mark zum Ausdruck kommt, so ist doch auch deutlich der ungünstige Stand der deutschen Zahlungsbilanz daraus ersichtlich.

Die Regierungskrise in Ungarn.

Budapest, 30. November. (Tsch. B.) Die gestern abends abgehaltene Konferenz der christlich-nationalen Vereinigung und der kleinen Landwirtpartei, welche über die Bildung einer neuen Regierungspartei Beschlus fassen sollte, hat dieses Ergebnis nicht gebracht.

Verhaftung eines Gewerkschaftsführers in Budapest.

Budapest, 30. November. (Tsch. B.) Die Polizei verhaftete den Schriftföher Josef Gutmann, den Präsidenten des Fachverbandes der Buchdrucker unter der Beschlusnahme, einen ansehnlich existierenden Streikfonds von 20 Millionen unterzulegen zu haben. Die Verhaftung ist ohne Erwähnung hervor und es bestand die Absicht, einen Demonstrationstreik zu veranstalten. Ueber Intervention des Gewerkschaftssekretärs Peibel wurde jedoch beschlossen, die Stellungnahme von der Entscheidung des Anklagenrats, welche heute erfolgen soll, abhängig zu machen.

Erhöhung aller Verkehrsstarife in Oesterreich.

Wien, 30. November. Von morgen, den 1. Dezember an tritt die neue Tarifbestimmung auf den Eisenbahnen, der Post, dem Telegraphen und Telegraph in Kraft.

benutzten die slowakische Reaktion dazu, um die Erzeugnisse der jüngsten zwanzig Jahre der Buchdruckerorganisationen zugrunde zu richten. Sie verweigerten die im Kollektivvertrag gesicherten Zuschüsse und versuchten, eine große Anzahl der Verfügungen des Tarifvertrages der Buchdruckerarbeiter außer Kraft zu setzen. Die Buchdruckerorganisation verhängte den allgemeinen Buchdruckerstreik. Inzwischen hat ein beträchtlicher Teil der Arbeitgeber die im Kollektivvertrag stehenden Forderungen der Arbeiterschaft erfüllt, sodass der Streik voraussichtlich mit dem Sieg der Arbeiter enden wird.

Die Lohnregelung für die landwirtschaftliche Arbeiterkategorie. Der Landesrat für Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft hat mit den Vertragsverhandlungen für das Jahr 1922 bereits am 7. Oktober 1921 begonnen. Das in seiner Plenarsitzung gewählte Subkomitee ist jedoch im Laufe der Verhandlungen mit Rücksicht auf die verschiedenen Standpunkte der beiden Vertragsparteien auf solche Hindernisse gestoßen, daß die Verhandlungen am 8. November mit dem Auseinandergehen der beiden Vertragsparteien endeten. Dem Referenten der Verhandlungen, Oberinspektor Kaminel, wurde aufgetragen, Wege zur Anknüpfung weiterer Verhandlungen zu suchen. So wurden auch in der Plenarsitzung des Landesrates am 29. November unter Vorsitz des Landesausführenden Rats neue Verhandlungen wieder aufgenommen. Diese Sitzung hat mit Erfolg geendet und es wurden Grundzüge festgesetzt, auf denen das Subkomitee neu verhandeln soll, jedoch zu hoffen ist, daß es zum vertragslosen Zustande nicht kommen wird.

Stinnes kauft Budapest-Zeitungen. Die „Proger Presse“ löst sich aus Budapest beizugehen, daß Stinnes durch den Ankauf der Mehrheit der Aktien der Budapest-Verlags-Gesellschaft „Athensium“ zum Hauptaktionär dieser Gesellschaft geworden ist, welche die Tagesblätter „Magyar Hírszó“, „Az Est“ und „Pesti Napló“ herausgibt.

Direkter Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Wie die Blätter aus Halle melden, wurden dort zwischen Vertretern der Landwirtschaft einerseits und Vertretern der Braunkohlen-, Stickstoff- und Kaliindustrie andererseits über direkte Verbindungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern verhandelt. Die Landwirte sollen Kali, Kohle und Stickstoff direkt von den Fabriken geliefert bekommen und dafür Kartoffeln, Mehl und Hülsenfrüchte direkt an die Fabriken liefern. Auf diese Weise wollen die Fabriken ihre Arbeiter mit Lebensmitteln versorgen und so einen wichtigen Grund für Lohnkämpfe ausschalten. Sollte sich dieser Tauschhandel im Kleinen bewähren, so sei für das nächste Jahr die Durchführung im Großen für das ganze Reich geplant.

Abkündigung des Ministeriums für Sozialpolitik in Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung hat im Ministerrat beschlossen, das Ministerium für Sozialpolitik aus Staatsratsrunden aufzulösen und seine Befugnisse auf die anderen Ministerien zu verteilen.

Ende des Triestiner Generalstreiks. Italien ist gegenwärtig von einer Streitwelle erfasst. Die Arbeiterschaft ist in großer Erregung, weil die Faschisten in Rom einen Vertrauensmann der Buchdrucker so mißhandelt haben, daß dieser seinen Verletzungen erliegen ist. In Triest wurde der Generalstreik verkündet, der jedoch,

wie das tschechoslowakische Preßbüro gestern meldete, mit einer Niederlage der Streikenden geendet hat. Die gesamte Arbeiterschaft nahm die Arbeit mit einer durchschnittlich 15prozentigen Lohnherabsetzung wieder auf. Der Streik scheiterte an den Vorbereitungen der Behörden, welche Verkehr, Beleuchtung, Wasserleitung und alle öffentlichen Dienste mit Hilfe von Spezialtruppen und vorbereiteten freiwilligen Bürgertroops aufrecht hielten. Die Streikleitung, die in den Händen der Kommunisten liegt, anerkennt die Niederlage. Weiter streiken nach die Typographen. Zeitungen erscheinen nicht. Die Blätter werden wieder erscheinen, sobald für den durch die Nationalisten ermordeten Typographen Müller Genugtuung gegeben sein wird.

Gegen die Arbeitslosigkeit. Der Schweizerische Bundesrat beschäftigt, der infolge der Valutaverhältnisse bedrängten Uhrenindustrie, in welcher die Arbeitslosigkeit 65 bis 75 Prozent beträgt, folgendermaßen Hilfe zu bringen: Der Bundesrat soll stabile Valutakurse für den Verkehr mit valutaschwachen Ländern festsetzen, wobei ein für die Valuten der anderen Länder günstigeres Umrahmungsverhältnis zugrundegelegt wird. Die Unternehmer der Uhrenindustrie sollen auf Grund dieser Kurse Auslandsverträge abschließen. Den Unterschied zwischen dem tatsächlichen und dem für die Uhrenindustrie festgesetzten Kurs soll der Staat als Unterstützung vergüten. Es ist berechnet worden, daß die Arbeitslosenunterstützungen mehr kosten würden als diese Zuschüsse. Der Plan läuft auf die Stabilisierung der Valutaverhältnisse hinaus und ist beachtenswert, da das System voraussichtlich auch in anderen valutastarken Ländern eingeführt wird. Dies wäre eine sehr primitive und kostspielige Lösung, welche die wirkliche Stabilisierung der Valuten nicht zu ersetzen vermag.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3378, 100 Mark 24.40, 100 schweiz. Franken 1203, 100 Lire 283, 100 franz. Franken 658 1/2, 1 Pfund Sterling 378, 1 Dollar 947 1/2, 100 belg. Franken 632 1/2, 100 Peso 1315, 100 Dinar 130 1/2, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.41, 100 poln. Mark 2.72 1/2, 100 ung. Kronen 14.15 sch. Kronen.

Jugendbewegung.

Die Kreisorganisation Karlsbad des sozialistischen Jugendverbandes beruft für Samstag, den 14. und Sonntag, den 15. Jänner 1922 nach Reudel, Gohlhof „Drei Linden“, die erste ordentliche Kreis-Konferenz ein. Auf der Tagesordnung stehen: „Die Aufgaben der Arbeiterjugend im Klassenkampf“ (Referent: Genosse Toerner), „Bildungsarbeit“ (Referent: Genosse Weiser), „Jugendinternationale“ (Referent: Genosse Paul), „Organisation und Koordination“ (Referent: Genosse Hochsam), Neuwahl der Kreisverteilung und Freie Anträge.

Kunst und Wissen.

Der alte Grub.

Der alte Bauer Grub will nicht sterben. Je älter dieser knorrige Stamm wird, desto tiefer greifen seine Wurzeln ins Leben: es ist, als ob er aus dem fruchtbarsten Laß-den seines Bauernhofes unüberwindliche Kraft saugen würde. Ein Sohn wird neben ihm zum gebrochenen Mann. Der kann nicht Bauer werden, solange sich der Vater nicht ins Aufgebirge zurückzieht, dem nächsten Geschlechte das Recht zu leben gibt. Leben heißt selbstbewußt bestehen,

ernten, lieben und in seinen Kindern wiedererleben. Aber der alte Grub klammert sich mit eiserner Faust an sein vergreiftes Dasein und weidet seinem urchigen Blut, seinen einzigen Sohn das Glück der Selbständigkeit. Der Alte raubt ihm die Lebenslust, erniedrigt ihn zum Knecht ohne Lohn, verbietet ihm auf seinem Hofe Gatte und Vater zu werden. Des Sohnes erste Geliebte ergraut fruchtlos zur reizlosen Magd. Alles Menschliche stirbt um Grub, nur er bleibt leben. Und allen zum Trotz bleibt er auch dann leben, als er sich von einem Hufschlag schwer getroffen, selbst zum sterben bereit. Mit siebender Unrast verfolgt die lebensstrotzende Magd, die als des Sohnes Geliebte sich Mutter und Bäuerin auf dem Grubenhofe fühlt, des Alten Krankheit. Doch Grub wird wieder gesund und geschnitten mit schwerer Art seinen eigenen Satz.

Schönherr hat dieses sein Stück die „Erde“, Komödie des Lebens genannt. Aber die Dichtung, die die Glückseligkeit des Menschen an den Besitz darstellt und die Fähigkeit, mit der die ergreifende Welt ihn der kommenden Vorenthält, wird zum tragischen Gleichnis des Ringens der alten Gesellschaftsordnung mit der werdenden neuen. Wie der alte Grub, der von seinem Herrenrechte nicht lassen will und sie seinem reifen Sohne und seiner hoffenden Gefährtin vorenthält, so klammert sich die vitalistische Gesellschaft fanatisch an die Güter der Erde und kämpft mit Röhren und Krallen gegen ihren natürlichen Tod. So tötet sie tausend Möglichkeiten neuen, fruchtbareren Glückes. Wie in Grubs Leben hat es auch für sie einen Hufschlag gegeben. Auch sie dachte als Besessene an ihre letzte Stunde, aber dann raffte sie sich zusammen, setzte neue Kraft an und lebt und herrscht heute mit greifenhafter Verbissenheit weiter. Nicht der ums Lebensglück betrogene Sohn ist der Sozialismus, das sind bloß die vielen verlorenen Möglichkeiten seines Wirkens, aber der Kapitalismus das ist der alte Grub, der, mag er auch heute noch seinen eigenen Satz mit kräftigen Sieben zerknien und dem Totenwibel Sohn lachen, seinem Tode nicht entgegen kann. Und dies ist der tiefere Sinn eines Gleichnisses, das der Dichter kaum vorbedacht hat, das aber der ergriffene Zuschauer sinnerfüllt aufwirft.

Die Aufführung mit Thaller als alten Grub kann nicht unvergessen vorübergehen. Thaller ist der alte Grub, ebenso wie er der Steinbohrer ist. So grundverschieden die beiden Charaktere sind, in dieses Künstlers bagarem Körper, in Thallers unübertrefflicher Gestaltungskraft haben beide Gestalten aus der klassischen Literatur der Alten ihren vollendeten Ausdruck gefunden. Wie schwer ist es, an Thallers Seite die Rolle des Sohnes zu spielen: vom Warten zerbrochen, aufhoffernd und versichert, das Glück unentimental und dennoch mit jeder Faser seines Herzens ersehend. Um diese Gestalt bemühte sich Herr Otto Wanka. Von den übrigen Darstellern sei der zwei Geistespielerinnen, Hermine Medelsky und Silda Ritschka und Roman Reinhardt, der sich durch alle drei Akte als kräftiger Esel bewährte, gedacht. Herr Felix Kuhn spielte, ohne daß man seine Geschicklichkeitsnachahmung bemerkt hätte, das Totenweibchen, das schließlich vor dem alten Grub die Flucht ergreift. J. B.

IX. vollständiges Sonntagkonzert. 4. Dezember, halb 4, Probukensbüchse. Emma Rissim — A. Remlinsk. Der „Merker“ schreibt über die Künstlerin: „Die härteste Begabung unter den jungen Sängerninnen Wiens, von einem wahren Feuer wirklicher Gestaltung besessen, von überströmender Empfindung und

wirklich geistvoll im Durchdringen des Chorales stischen.“ Das ungewöhnlich interessante Programm ist Mahler und Debussy gewidmet. Karten von Kr. 5—12 und Steuer bei Weiser.

Georg Kaiser kommt nach Prag. Georg Kaiser kommt in der nächsten Woche nach Prag und wird Freitag, den 9. Dezember aus eigenen Werken lesen. Samstag, den 10. Dezember wird der berühmte Dichter im Deutschen Theater der Erstaufführung seines Nachstüdes „Der Brand im Opernhaus“ bewohnen. Die tragende weibliche Hauptrolle wird Fionde Dergan vom Berliner Kleinen Schauspielhaus als Gast spielen. Die Neuheit wird von Hans Demey inszeniert.

Neues deutsches Theater. Heute Donnerstags „Marquis von Keith“, Freitag, halb 8 Uhr abends Thaller-Gastspiel „Erde“, Samstag, halb 8 Uhr abends „Gastspiel Sander „Elektra“, 10 Uhr abends „Simulation“, „Kauschiffin“, „Goethe“, „Koboret“. Sonntag abends Gastspiel Rubla „Doffmanns Erzählungen“, Montag „Elektra“, Gastspiel Sander.

Bereinsnachrichten.



Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr. Sitz Teplitz-Schönan. Ortsgruppe Prag. Am Donnerstag, den 1. Dezember 1921, halb 8 Uhr abends, findet im „Goldenen Kreuz“, Režanovka, die Monatsversammlung des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr statt. Tagesordnung: 1. Berichte: a) Massenbericht, b) Mitgliederberichterstattung. 2. Vortrag des stellvertretenden Redakteurs Dr. Strach über Betriebskassen. 3. Bericht des Bildungs- und Vermittlungsausschusses. 4. Eventuelle. Der Vortrag über Betriebskassen wird gemäß alle Kollegen und Kolleginnen interessieren und wir erwarten ausnahmslos Erscheinung.

Briefkasten.

„Carmen.“ Wir bitten Sie, uns zu besuchen.

Heroldgeber:

Dr. Ludw. Tschek und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Deutscher Bezirksbildungsausschuss Groß-Prag. Heute, halb 7, Landesrat Dr. Rudolf Slawitzki. „Staatsbürgerliche Erziehung“ (Voll, Staat, Wirtschaft). Vierte Kursstunde. Kleiner Uraniaaal. Eintritt frei.

„Atlantis“ im „Bio Sandstone“. Heute wird die erste Episode des verfilmten Pierre Benoit'schen Romans „Atlantis“ zum letzten Male vorgeführt. Morgen schließt sich zum ersten Male die zweite Episode an, deren Stoff noch ungleich fesselnder ist als der des ersten Teiles und deren Bilder an Kraft, Ausdruck, Klarheit und Schärfe mit zu dem Schönsten gehören, das die Filmkunst — nicht nur die französische — bisher geschaffen hat. Kartenverkauf tagsüber bei Trublar („Korona“ und „Rohlfil“) und an der Wokasse von 6 bis 10 Uhr ohne Unterbrechung. 408

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma McGraw-Hill & Comp., Prag, I., Celestina ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probierstellung überall unverbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 106

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celestina ul. 35, bis-a-vis dem Obecní dum. Telefon 2871. 107

BERNARD GUMMIABSATZE

BILLIGER ALS LEDER

18 Théâtre Variété 18

Prag-Karlín.

! GÄNZLICH NEUES PROGRAMM !

Eine neue Sensation für Prag!
BREITBART der Eisenkönig, in seinen staunenerregenden Kraftleistungen
! Breitbart eine Weltattraktion !
ferner 9 neue Variéténummern.
Näheres die Plakate.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“

in Wien

schließt vorteilhaft alle Arten von **Lebensversicherungen**

insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu K 10.000 — mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — ungeschänkter Gültigkeit ab.

Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.

Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Gross-Prag, Prag II., Václavské nám. 47.

Liga-Margarine gehört in jedes Haus!

Christbaumschmuck

für Händler, aus Glas, Schmelz usw., nur Neubelton, direkt vom Erzeugerort, daher billigste Preise, liefert in Mastropacketen von 100 Kronen aufwärts gegen Nachnahme

Richard Warner, Schlag Nr. 71 III., bei Gablonz • N.

Die anerkannt beste

PRESSHEFE

in erstklassiger Qualität und zu den billigsten Preisen empfiehlt sämtlichen p. t. Konsumvereinen die **Mährisch-schlesische Presshefefabrik, Aktiengesellschaft in Troppau.**

Filiale: Prag-Smichow, Přemyslova II.

Verlangt Probesendungen: 267

Slawische 21

Versicherungs-Anstalt A.-G.

in Prag II., Václavské nám. 62

übernimmt **Lebensversicherungen** mit und ohne ärztlicher Untersuchung, **Feuerversicherungen**, **Einbruchdiebstahl-Versicherungen**, **Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen** aller Art zu den günstigsten Bedingungen und billigsten Prämien.

Vertreter werden an allen Orten angestellt.

Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich meine interessanten u. lehrreichen Broschüren kommission lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von K 2., in bar. Versandgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

ECHTER NUSSLIKÖR: MAGENOL.

FABRIK FEINSTER LIKÖRE

WILHELM LÖW, BRÜNN

121

Nur in der Wiederholung liegt der Erfolg der Anzeigen!